

Annoncen
Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei G. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
In Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Strelitz,
in Breslau bei Emil Habath.

Annoncen
Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Hanke & Co.
Hansstein & Vogler,
Ludolph Kloss.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendom“

Posener Zeitung.

Ueberund siebziger Jahrgang.

Nr. 322.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 9. Mai
(Erscheint täglich drei Mal.)

In jeder 20 Bi. dr. hochgepolsterte Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erreichende Nummer bis 8 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin 6. Mai. Der König hat dem Rittergutsbesitzer Hensche auf Pogrommen im Kreise Darkehmen den R. Ad.-Ord. 3. Kl. mit der Schleife; dem Pastor Dr. theol. Krummacher zu Duisburg den Igl. Kr.-Ord. 3. Kl.; dem Fortifikations-Sekretär Demmer zu Posen den Igl. Kr.-Ord. 4. Kl.; dem Wein-Großhändler Geh. Kommerzien-Rath Wilhelm Manskopf, Inhaber der Firma „Manskopf, Behrends und Söhne“ zu Frankfurt a. M. das Prädikat eines Igl. Hoflieferanten verliehen.

An der Präparanden-Anstalt zu Herborn ist der Lehrer Heinrich Müller zu Erdbach als zweiter Lehrer angestellt, der Sanitäts-Rath Dr. Leo zu Bonn zum Kreis-Physikus des Kreises Bonn ernannt worden.

Die Reichseisenbahnfrage in ihrem gegenwärtigen Stadium.

Z Berlin, 7. Mai.*). Daß dies Abgeordnetenhaus die erlangte Vollmacht zu Verhandlungen über die Abtretung der preußischen Staatsbahnen an das Reich mit 30 bis 50 Stimmen Mehrheit — je nach der geringeren oder stärkeren Prüfung der Mitglieder — ertheilen würde, ist keinen Augenblick zweifelhaft gewesen. Dieselbe Mehrheit wird übermorgen auch die Synodalordnung annehmen. Das Herrenhaus nimmt die Eisenbahnvorlage an, wie es seit dem Paßschub von 1872 alles annimmt, was die Regierung ernstlich verlangt. Aber der Reichstag! Wenn Fürst Bismarck Aussichten hätte, so würde er die Frage in irgend welcher Form sicherlich vor den Reichstag bringen, schon weil die nächsten Wahlen die Gegner des Projekts aus außerpriesischen Wahlkreisen verstärken werden. Zunächst haben für den Reichstag die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses dargethan, daß die Fortschrittspartei bis auf Dünker geschlossen in der Opposition bleibt. Die Hoffnung der BAC-Korrespondenz auf das Gegentheil beruht auf der mißverständlichen Auslegung eines Redners in der Spezialdiskussion, der überdies nicht einmal Mitglied des Reichstages ist. Die Fortschrittspartei zählt im Reichstage allerdinge incl. Berger und exkl. Dünker nur 36 Stimmen. Dazu kommt aber zunächst schon die von Windhorst-Meppen geführte geschlossene Opposition des Zentrums und seiner Anhänger von 127 Stimmen. Sodann haben bereits 11 nicht den vorgenannten Gruppen zugehörige sächsische Liberalen und Konservative im sächsischen Landtage gegen den Erwerb der preußischen Bahnen namentlich abgestimmt. Hieran reiht sich die von Hölder und Barnbüler geführte Opposition württembergischer Konservativen und Liberalen (nur 4—5 Württemberger werden unter Elben dafür stimmen). Dazu kommt die Opposition bairischer Liberalen. Als am 29. April der Klerikal-Förg in München während der Gesandtenfrage auf die Reichseisenbahnvorlage anspielte, lehnte Marquardsen es zwar ab, bei dieser Gelegenheit darüber zu verhandeln, erklärte aber, laut Stenograph. Bericht, S. 467: „Ich zweifle gar nicht, daß der verehrte Herr Kollege Förg und ich in dem entscheidenden Augenblick, wo der Reichstag sich zu erklären hat, ob er geneigt ist, auf das preußische Anerbieten einzugehen, zusammenfinden werden.“ Marquardsen bemerkte noch, daß er „diesem Reichseisenbahnprojekt mit großem Misstrauen entgegensehe, nicht mit Misstrauen in die Weisheit derer, welche es bringen, sondern mit Misstrauen und Befürchtung bezüglich der praktischen Erfolge, welche sich daran knüpfen.“ Frankenburger als Referent erklärte, „daß eine erhebliche Anzahl seiner Freunde (worunter hier die bairischen Liberalen gemeint sind) glaubt, daß die Durchführung des Reichseisenbahnprojekts nur zum Unheil des Reiches gereichen würde.“ Für die Gegner unter den bairischen, württembergischen und sächsischen Nationalliberalen und einzelne nationalliberale Gegner aus Thüringen bilden die preußischen Nationalliberalen im Reichstage v. Urnruh, Dohrn, Wulfsheim, Schröder, welche bereits öffentlich gegen den Ankauf preußischer Bahnen gestimmt oder geschrieben haben, den Mittelpunkt. Auch Venda, der sich im Abgeordnetenhaus der Abstimmung enthielt, wird im Reichstage mit Nein stimmen. Es ist überhaupt falsch zu glauben, daß alle Diejenigen, welche ihre Opposition noch nicht kundgegeben haben, oder selbst alle Diejenigen, welche im Abgeordnetenhaus mit Ja stimmten, im Reichstage mit Ja stimmen werden. Manche haben sich nur durch die Vorstellung Laskers leiten lassen, daß vom speziell preußischen Standpunkte nichts einzuwenden sei und man dem Reichstag die Entscheidung offen halten müsse. Lasker selbst ist allerdings ebenso wegen seiner zentralistischen Richtung wie in Konsequenz seiner ganzen Wirtschaftspolitik, seiner übertriebenen Vorstellung von der Macht der Gesetzgebung und des Staats zur Abstellung wirtschaftlicher Mängel neben dem Fürsten Bismarck der eifrigste Förderer des Projekts. Das volkswirtschaftliche Gebiet ist freilich nicht gerade die stärkste Seite Laskers; er hat bisher mehr Erfolg als Pathologe denn als Gesetzgeber aufzuweisen; beispielsweise treffen seine Vorschläge im Bericht der Eisenbahnuntersuchungskommission nirgend die Wurzel des Übelns, sondern kuriren nur in formeller Weise an der Oberfläche. Selbst Lasker verhehlt aber nicht, daß er vom freiheitlich-politischen Standpunkt noch ernsthafte Bedingungen an sein Votum im Reichstag knüpfen will. Ebenso Dünker. Die 9

Sozialdemokraten müssen trotz aller wirtschaftlichen Sympathien schon aus politischen Gründen gegen das Projekt stimmen. Unter denjenigen, die schlimmstenfalls für die Vorlage im Reichstage stimmen würden, giebt es wieder eine große Zahl, welche Alles thun werden, zu verbünden, daß die Frage überhaupt gestellt wird. An eine Entscheidung des Reichstages aus eigener Initiative ist darum gar nicht zu denken. Die Frage kann also nur durch den Bundesrat an den Reichstag gelangen. Was den Bundesrat anbetrifft, so waren nach unseren letzten Nachrichten sämtliche königliche und großherzogliche Regierungen — also auch Oldenburg und Mecklenburg — dazu Braunschweig, Gegner des Anlaufs preußischer Bahnen. Einzelne kleine Fürsten, wie es heißt auch Hamburg, hatten sich noch nicht erwähnt. Der Großherzog von Baden hat sich im März hierfür persönlich gegen Bismarck gegen das Projekt ausgesprochen. Dem badischen Ministerium ist die Frage überhaupt unbehaglich; der über badische Stimmungen gut orientierte Fürst Hohenlohe-Langenburg fehlt bei den Abstimmungen im württembergischen Landtag. Man hat die Mission Holstein eine Zeit lang so gedeutet, als ob der König von Bayern den Vorstellungen, daß seine Reservatrechte um so heller strahlen würden, wenn im übrigen Reich ein einheitliches Eisenbahn-System zur Geltung gekommen, zugänglicher geworden sei. Dies ist nicht zutreffend. Wenn demnächst in Bayern mit Bismarcks Erlaubnis ein farbloses Ministerium an das Ruder kommen sollte, so wird dies in den Anschauungen des Königs über die Eisenbahnfrage — welchem die Preßezner'schen Erklärungen den unmittelbarsten Ausdruck geben — keinerlei Wandlung bedeuten. Vorläufig steht übrigens die ganze Eisenbahnfrage schon im preußischen Ministerium fest, indem Herr Camphausen sich weigert einen Kaufpreis anzugeben, bevor das Reich sich durch seine zuständigen Organe zum Kauf bereit erklärt habe. Ob dieser Zwiespalt durch dilatorische Behandlung vorläufig unaufgelöst bleibt, oder mit Rücktritt Camphausens endigt — was wiederum eine große Zahl unbefangener Personen gegen die neue wirtschaftliche Aera stützt machen müßte — darüber werden wir noch vor Ablauf dieses Quartals ins Klare kommen.

Die bevorstehende Begegnung der leitenden Staatsmänner der drei Kaiserhäuser, beschäftigt zur Zeit in hohem Grade die europäische Presse. Überall erblüht man darin ein eminent friedliches Ereignis. Die halbamtliche „Wiener Abendpost“ schreibt an der Spitze ihrer Nummer vom 4. d. Mts.:

Die bevorstehende Begegnung der leitenden Staatsmänner Deutschlands, Russlands und Österreich-Ungarns in Berlin — mit einer leichten Lizenz in der Titelfrage wird sie die Drei-Kanzler-Zusammenkunft genannt — steht im Vordergrunde der öffentlichen Diskussion. Es liegt in der Natur der Sache, daß die mannigfachsten politischen Vermuthungen und Kombinationen an das Ereignis gelüftet werden, aber der Haupsache nach steht das Urtheil fest, daß dasselbe mir als ein wichtiges Friedenssymptom und als eine jeden Zweifel ausschließende Beibaltung des herzlichen und intimen Einvernehmens der Drei-Kaiser-Mächte aufzufassen sei. Die Kongregariete, welche in jüngster Zeit aufgetaucht waren, betrachtet man nunmehr als nicht nur durch offizielle Erklärungen der einzelnen Regierungen, sondern als durch die Thatsachen selbst bestätigt.

Das „N. Wiener Tageblatt“ spricht sich folgendermaßen aus:

Es ist hinsichtlich der berliner Zusammenkunft als zuverlässig anzusehen, daß man zunächst versuchen wird, auf dem bisherigen Wege der Pazifikation zu beharren und im Geiste der Andrássy'schen Politik fortzufahren. Sollte sich, was nach der gegenwärtigen Sachlage als begreiflich und kaum vermeidlich erscheint, dagegen Einsprache erheben, so wird eine neue Phase in der Orientpolitik eintreten. Man wird dann, nach Erwarten im Einverständnisse mit der Türkei, zur friedlichen Okkupation der im Aufstand befindlichen Gebiete schreiten. Österreich wird unter allen Umständen an dem Grundsatz festhalten, daß in der Türkei nichts ohne uns und nichts wider uns geschehen darf. Österreich wird sich daher nicht von Russland und um so gewisser nicht von Deutschland trennen. Die Okkupation wird von Österreich nicht allein durchgeführt werden.

Die berliner Zusammenkunft verfolgt drei Zwecke: Erstens soll das volle Vertrauen zwischen Österreich und Russland wieder hergestellt werden. Zweitens will man die Festigkeit der Allianz der drei Kaiserreiche beweisen, und ist mit der Zusammenkunft eine großartige Friedensmanifestation beabsichtigt. Drittens soll zwischen den leitenden Staatsmännern erörtert werden, auf welche Weise die bisherige Pazifikationspolitik im Orient fortzusetzen und durch welche Mittel namentlich mit Bezug auf Serbien und Montenegro der Aufstand zu lokalifizieren sei.

Von besonderem Interesse ist die Auffassung, welche die berliner „Post“ von dem zu erwartenden diplomatischen Ereignis hält. In einem die berliner Zusammenkunft behandelnden längeren Artikel heißt es:

Nach übereinstimmenden und glaubwürdigen Meldungen der letzten Tage würde es auf der Konferenz sich zunächst um die Garantien handeln, welche die Aufständischen zur Bedingung ihrer Niederwerfung der Waffen gemacht haben. Diese Garantien aber laufen im Grunde immer hinaus auf die Befreiung des unmittelbaren Türkengrenzregiments, mit anderen Worten auf die Errichtung eines Vasallenstaates. Diese Lösung wird freilich die Pforte nur gezwungen annehmen, aber man kann sie zwingen, ohne einen Finger zu rühren. Österreich braucht z. B. nur den Hafen von Klef zu schließen. Einem solchen Zwang jedoch wird Österreich widerstreben und überhaupt der Errichtung eines Vasallenstaates. In dieser bosnischen Frage steht Österreich unter dem magyarischen Einfluß und derselbe ist durch den eben erreichten Ausgleich stärker als je. Die Magyaren haben die Hauptpunkte ihrer Forderungen für den Ausgleich diesmal fallen lassen, offenbar um ihren Willen in der Orientpolitik des Gesamtstaates durchzusetzen. Der Hinweis auf die Gefahren der europäischen Lage allein ist es, der die ungarischen Minister für ihre bei dem Ausgleich gezeigte Nachgiebigkeit in den Augen ihrer Landsleute und insbesondere ihrer eigenen Partei entschuldigen kann. Wenn die Minister genüßt wären, das magyarische Interesse auch in der auswärtigen Politik preiszugeben, würden sie sich schwerlich halten können. Welches ist aber der letzte Grund der leidenschaftlichen Türkfreundlichkeit der

Magyaren? Es ist seltsam, es zu sagen, obgleich es sonnenklar ist: mit der Errichtung eines südslawischen Staates entzündet den Magyaren die letzte Möglichkeit eines selbständigen Ungarn; mit einem südslawischen Staat im Rücken können sie bei keinem künftigen Ausgleich auf ihre Trennung vom Gesamtstaat pochen. Die Verbindung mit Deutschland-Esterreich erscheint dann als die offbare Lebensbedingung Ungarns.

So kommt dem Graf Andrassy nach Berlin, durch den vollkommenen Ausgleich ebensowohl gebunden, als gestärkt für eine türkfreundliche Politik. Allein es ist dennoch nicht zu glauben, daß er von seinen Wünschen etwas Wesentliches durchsetzt. Auch nach dem Ausgleich ist Österreich nicht in der Lage und nicht einmal Willens, für die Türkei das Schwert zu ziehen. Es wird also nichts erreichen, als die erreichbare formelle Schönung seines oder des magyarischen Standpunktes. Man wird die Garantien, welche die Aufständischen fordern, möglichst herabmindern, man wird der Pforte möglichst wenig drohen. Aber damit mindert sich auch die Aussicht, daß die Konferenz überhaupt ein unmittelbares und positives Resultat hervorbringe. Sollte sie es dennoch gewinnen, so wird es nur im Sinne ernstlicher Garantien für die Aufständischen ausfallen können. Ein solches Resultat aber dürfte eine Ministerkrise in Ungarn zur Folge haben und die Stellung des Grafen Andrassy gefährden. Wenn bei den Besprechungen der Konferenz die Rückflucht auf den Grafen Andrassy vorwaltet, der alle Rückflucht verdient, so darf sie wohl ein Resultat haben, welches die Dinge läßt, wie sie sind. Dem unvermeidlichen Gang der Dinge, der sich ohne ihr Zutun vollzieht, werden sich auch die Magyaren fügen, ohne das Ministerium zu stören und namentlich ohne dem Minister, welchen sie dem Gesamtstaat für die auswärtigen Angelegenheiten gestellt, den Boden wegzuziehen. Ob dieser Minister im Stande wäre, durch einen unerwartet kühnen Entschluß seine Landsleute und den österreichischen Gesamtstaat noch jetzt in eine ganz andere Bahn zu reißen, steht dahin. Für wahrscheinlich wird es Niemand erachten.

Abweichend von den meisten andern Blättern äußert sich die „Nat. Ztg.“, das Blatt sagt u. A.:

Das Wort Okkupation, das man früher nicht aussprechen durfte, ohne des Hochverrates am europäischen Frieden verdächtigt zu werden, scheint endlich doch zu Ehren zu kommen; es dürfte bis zum Beginn der Berliner Konferenzen vollständig in den offiziösen Kodex aufgenommen werden. Hatte man seither die Idee einer Okkupation überhaupt verhorrorirt, so will man jetzt nur davon nichts wissen, daß Österreich allein die Okkupation übernehmen solle. Daß die Modernitäten dieser Aktion den Kernpunkt der Verhandlungen in Berlin bilden werden, darf wohl für ausgemacht gelten. Und wenn die Öffiziere daran fest halten, daß die Aktion lediglich im bisherigen Geist und zum bisherigen Zweck fortgeführt werden solle, so bezeichnet sie hiermit eben nur die erste Position, die Graf Andrassy zu Berlin verteidigen wird. Daß dieselbe kaum haltbar sein dürfte, darüber gibt man sich aber keiner Täuschung hin. Man wird eben nur, und ohne Zweifel mit Erfolg, in dem Falle, daß man sich weiter drängt, um so nachdrücklicher darauf bestehen, daß die Berliner Konferenz in einer großen allgemeinen Friedensdemonstration gipfelt. Diese erscheint aus dem doppelten Grunde wünschenswert, weil es gilt, Europa über die zu beobliegende Aktion überhaupt zu beruhigen, und weil es gilt, zu zeigen, daß die Differenzen, die zwischen Russland und Österreich eingestandenermaßen obgewalzt haben, durch entsprechende Kompromisse zwischen den beiden Verbündeten endgültig befeitigt sind.

Deutschland.

□ Berlin, 7. Mai! [Abgeordnetenhaus.] In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, die von Anfang bis Ende einen höchst ermüdenden Eindruck machte, gelangte zunächst der Gesetzentwurf betreffend die Verlegung des Etatsjahres und die Feststellung des Staatshaushaltsets für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877 zur Beratung. Die Diskussion, an welcher sich die Abg. Österreich und Frhr. v. Schorlemer-Alst von der Zentrums-Faktion, die Abg. Schmidt und Loewenstein von der Linke beteiligten, bewegte sich wesentlich um die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verlegung des Etatsjahres und der Berechtigung des gegenwärtigen Landtages zur Bewilligung des Etats über die Dauer der Legislaturperiode. Die ersten beiden Redner sprachen sich gegen die Vorlage aus, wollten die Frage über die Verfassungsmäßigkeit jedoch der Prüfung der Budgetkommission anheimgeben, während die beiden letzten, sowie der Neg.-Komm. Geh. Rath Hoffmann die Notwendigkeit des vorliegenden Gesetzes betonten und einen Widerspruch mit der Verfassung in demselben nicht zu erblicken vermochten. Der Kommissar machte gegenüber den Ausführungen des Abg. v. Schorlemer darauf aufmerksam, daß die Verlegung des Etatsjahres auf dem Gebiete der Finanzverwaltung vielfache Änderungen nötig mache, so daß die Feststellung des vierteljährigen Etats durchaus notwendig sei. Die Bedenken, die Redner in Bezug auf die legislatorische Thätigkeit des gegenwärtigen Landtages ausgesprochen, suchte er dadurch zu entkräften, daß auch andere Akte der Gesetzgebung sich nicht blos auf die Dauer der Legislaturperiode beschränken und daß der gemachte Vorschlag nur als ein transitorischer Notbehelf aufzufassen sei, der sich eben nicht vermeiden lasse. Das Haus beschloß die Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission. — Demnächst wurde in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen und die Gründung neuer Ansiedlungen eingetreten. Aus der Debatte über denselben ist die Rede des Abg. Hundt v. Hafften hervorzuheben, welcher eine größere Fürsorge für Erhaltung und Kräftigung des Bauernstandes verlangt und in der Vorlage eine dankenswerthe Abzahlungszahlung seiner Forderungen sieht. Zu diesen Forderungen gehört vornehmlich die Errichtung von bauerlichen Kreditinstituten. Der Redner kam hierbei auf die Petition des posener Provinziallandtages zu sprechen und wir erfuhren bei dieser Gelegenheit vom landwirtschaftlichen Minister, daß er den Antrag auf Errichtung einer bauerlichen Kreditbank für die Provinz abgelehnt habe, weil nach dem Urteil aller Sachverständigen die Begründung eines selbständigen Kreditverbandes dort außerordentliche — Schwierigkeiten haben würde. Das wird den

* Obgleich wir den Standpunkt unseres Herrn Korrespondenten, welcher ein prinzipieller Gegner des Bahnprojekts ist, und die daraus hervorgehende Tendenz des obigen Artikels nicht theilen, wollen wir doch zur Orientierung über die Ansichten und Aussichten im Lager der Fortschrittspartei die obige, höchst sachkundige Darstellung hier aufnehmen. Die Vorlesung unserer Artikel über russische Zollgrenze müssen wir aus diesem Grunde auf morgen verschieben.

Posener Bauern gewiss einleuchten! Sie werden nun nach wie vor den Wucherern und dann dem Subhastationsrichter in die Hände fallen, was allerdings weniger Schwierigkeiten bereitet. Im Uebrigen wurde der Gesetzentwurf mit geringen Modifikationen nach den Vorschlägen der Kommission genehmigt, auch die Bestimmung über die Ausdehnung des Gesetzes auf die Provinz Westfalen, der übrigens der westfälische Abg. v. Heeremann entgegnet.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 27. v. M. beschlossen, 1) daß behufs der Erörterung derjenigen Verhältnisse, welche bei der gesetzlichen Regelung des Patentwesens in Betracht zu ziehen sind, auf Kosten des Reiches eine Enquête stattfinde, und zwar in der Weise, daß einzelne zur Beurtheilung jener Verhältnisse besonders geeignete Persönlichkeiten nach vorgängiger schriftlicher Mittheilung der hauptsächlichsten Fragepunkte durch den Bundesregthsausschuss für Handel und Verkehr, unter Zuziehung von Kommissarien des Reichskanzler-Amts, mündlich vernommen werden; 2) daß die Vorbereitungen dieser Enquête, insbesondere die Auswahl der Sachverständigen, durch das Reichskanzler-Amt erfolgen; 3) den Bundesregierungen anheim zu stellen, ihre Wünsche bezüglich der Auswahl der Sachverständigen biunen kürzester Frist an das Reichskanzler-Amt bekannt anzugeben.

Das schon erwähnte Festessen der nationalliberalen Partei zur Feier des achtzigjährigen Geburtstages ihres ältesten Mitglieders, des Abgeordneten Weusthoff (Harburg), hat unter zahlreicher Beteiligung stattgefunden. Präsident v. Bemmigen eröffnete die Reihe der Toaste mit einem solchen auf den Gefierten, worin er einen Rückblick auf den politischen, sozialen und religiösen Um schwung gab, an welchem Weusthoff als Zeitgenosse während der Fremdherrschaft und aller politischen Kämpfe Hannovers bis heute Theil genommen hat. Abgeordneter Miquel toastete auf die nationalliberale Partei, deren Rückgang vor jeder Wahlbewegung seitens der Gegner prophezeit worden, die jedoch stets stärker aus den Wahlen hervorgegangen sei. Ihre Stellung sei weit schwieriger, als aller anderen Parteien, welche entweder einfache Oppositions- oder Regierungsparteien seien. Obwohl der Partei in den parlamentarischen Körperschaften der entscheidende Einfluß zufalle, habe sie doch keinen Theil an der Ausführung der Gesetze und sei durch die politische Lage und das Interesse des Landes genötigt, die Regierung dort zu unterstützen, wo sie den eingeschlagenen Weg der Reformen konsequent verfolgt. Name und Personen seien gleichgültig, aber eine Partei mit den Zielen der Nationalliberalen sei auf lange sowohl für Deutschland als für die innere Entwicklung Deutschlands eine Nothwendigkeit. Hierin liege die Sicherung ihres Bestandes. Politische Parteien seien nicht selbst Zweck, sondern das Mittel zur Förderung der Interessen des Landes. Der Abg. Rickert ließ die befremdeten Parteien (Fortschrittpartei und Freikonservative) hochleben, mit deren Hilfe und Unterstützung die große Reformgesetzgebung und der Ausbau des deutschen Reiches durchgeführt seien. Nachdem auch der 76jährige Abgeordnete Böning gesprochen, erwiederte der Gefierte mit einem Toaste auf Bemmigen. Es wurden noch weitere Trinksprüche ausgetragen, die zu dem heiteren Verlaufe des Festes wesentlich beitrugen.

Wie kürzlich gemeldet wurde, soll die Landwirtschaftliche Akademie in Eldena wegen ihres geringen Besuches Ende des Sommersemesters geschlossen werden. Die Akademie zu Eldena ist die älteste der in Preußen bestehenden höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten, gegründet im Jahre 1827 von dem Minister Altenstein auf den Vorschlag des verstorbenen Professor Schulze in Jena, neben der Universität und im Anschluß an dieselbe ein landwirtschaftliches Lehrinstitut zu gründen, welches den doppelten Aufgaben gerecht werden sollte, einmal die Studirenden der Landwirtschaft in den Kreis der humanistischen Wissenschaften und einer unverlierbaren Bildung hineinzuziehen und andererseits den angehenden Verwaltungsbürokraten die Möglichkeit eines fruchtbringenden Unterrichts zu gewähren. Das Dorf Eldena mit seinem ausgedehnten, der Universität Greifswald gehörigen Areal eignete sich deshalb ganz besonders zur Akademie, weil die Beschiedenheit der Bodenverhältnisse die Anlegung einer lehrreichen akademischen Gutswirtschaft ermöglichte und die unmittelbare Nähe der Stadt Greifswald die Benutzung der dortigen Lehrmittel und Lehrkräfte gestattete. Nach dem ursprünglichen Planen sollten in Eldena nur die speziell landwirtschaftlichen Fächer, in Greifswald dagegen die Naturwissenschaften und die sonstigen Hilfsdisziplinen vorgetragen werden. Da jedoch mit dem Halten und Hören von Vorlesungen an beiden Orten eine gewisse Zeitsplitterung verbunden war, so wurde — und wie sich nun herausgestellt hat zum Schaden der Sache — das ganze Lehrwesen der Akademie nach Eldena verlegt.

Um die Ermittlung der Fabrikationsstätten, sowie der Verfertiger und Verbreiter fälschen, sowohl inländischen als ausländi-

schen Papiergeldes (§§ 146, 149 des Strafgesetzbuchs) zu erleichtern und zu fördern, hat der Minister des Innern unter dem 17. v. M. bestimmt, daß von jetzt ab alle auf die Verübung und Entdeckung derartiger Münzverbrechen und Münzvergehen innerhalb des preußischen Staats bezüglichen Nachrichten bei dem hiesigen königlichen Polizei-Präsidium zu sammeln und daß andererseits von dieser Behörde die übrigen Polizeibehörden in den zu deren Kompetenz gehörigen einzelnen Fällen durch die erforderlichen Mittheilungen auf Grund der gesammelten Nachrichten zu unterstützen sind; ebenso, daß in denjenigen Fällen, in welchen die Kompetenz einer anderen inländischen Polizeibehörde zur Verfolgung der Verfertiger und Verbreiter falschen Papiergeldes nicht schon begründet und so lange dies nicht der Fall ist, daß hiesige Polizei-Präsidium sich den Nachforschungen zur Entdeckung der Fabrikationsstätten, und der Verfertiger und Verbreiter der Falsifizate zu unterziehen hat. Demgemäß sind sämtliche Polizeibehörden angewiesen, unbeschadet der von ihnen innerhalb ihrer Kompetenz vorzunehmenden Ermittlungen und zu bewirken strafrechtlichen Verfolgung, dem hiesigen königlichen Polizei-Präsidium sofort Mittheilung zu machen, wenn ihnen Kenntniß von einem neuen Falsifizat wird, dasselbe ferner von dem Resultate der vorgenommenen Recherchen und von allen Verdachtsmomenten, welche sich dabei ergeben haben, zu benachrichtigen, endlich auch dem königlichen Polizei-Präsidium alle der Anfertigung oder Verbreitung falschen Papiergeldes verdächtige, oder wegen eines solchen Verbrechens oder Vergehens früher bestraft Personen, welche in ihrem Amtsbezirke sich aufzuhalten, anzugeben.

Am Dienstag traten Deputirte der landwirtschaftlichen Hauptvereine in Preußen zu einer Berathung über die vom landwirtschaftlichen Ministerium angeregte Einrichtung von Provinzial-Kettweih-Ausstellungen zusammen. Dieselben einigten sich dahin, daß noch im Herbst d. J. eine derartige Ausstellung in Hamburg stattfinden solle. Im nächsten Jahre sollen wieder in Hamburg (im Frühjahr), sowie in Königsberg, Breslau, Frankfurt a. M. Biehaussstellungen stattfinden. Besonders erwartet man von den Ausstellungen in Hamburg, als einem Haupt-Konsumtions- und Handelsorte in Deutschland, daß sie eine ebensole Bedeutung, wie die alljährlich in Berlin stattfindenden Ausstellungen erlangen werden. Auch gedenken die preußischen landwirtschaftlichen Vereine, sobald eine Kooperation mit den Landwirten im Königreiche Sachsen angebahnt ist, alljährlich in Leipzig eine Biehaussstellung stattfinden zu lassen.

Die Wagener'sche „Deutsche Reichs-Korresp.“ empfiehlt Herrn Assessor Neuter in folgender Form für die bevorstehenden Wahlen:

In Abgeordnetenkreisen sprach man sich heute (6. d.) sehr missfällig über das Verfahren der „Kölner Zeitung“ gegen den Assessor Neuter aus, welcher wegen der bekannten Brochüre: „National-liberale Presse u.“ von dem genannten Blatt plötzlich seines Dienstes entlassen wurde. Inzwischen interessirt man sich bereits in den Wahlkreisen des ersten Berliner Wahlbezirks für eine Kandidatur zum Abgeordnetenhaus. Dieser Bezirk wird bekanntlich durch den Kreisgerichtsrath Kloß, Gymnasialdirektor Hofmann und Rudolf Parissius vertreten. Der letztere war niemals persona grata des Bezirks; es liegt somit auf der Hand, daß aller Wahrscheinlichkeit nach Herr Parissius im ersten Berliner Wahlbezirk nicht wieder gewählt werden wird, ein Umstand der auch ohne die Kandidatur Neuter in Aussicht stand.

Nach Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Mai 1874 hat der Oberpräsident, wenn er von seiner Befugniß das Vermögen einer erledigten geistlichen Stelle mit Beschlag zu belegen, Gebrauch machen will, einen Kommissarius zu ernennen, welcher die Beschlagsnahme ausführt. In Beziehung auf diese Bestimmung hat das Ober-Tribunal in einem Erkenntnis vom 6. April d. J. ausgesprochen, daß nur der besonders ernannte Kommissar, nicht aber, wenn er Beamter ist, sein regelmäßiger Stellvertreter im Amt, zur Ausführung der Beschlagsnahme zuständig ist. Bei der Auswahl des Kommissarius führt das Erkenntnis aus, ist der Ober-Präsident an Beamte oder gar an besondere Kategorien von Beamten gesetzlich nicht gebunden; er kann einen jeden dazu bestellen, welchem er persönlich das Vertrauen schenkt, daß er zur Vollziehung des Auftrages besonders geeignet sein werde. Hieraus folgt, daß, wenn ein Beamter diesen Auftrag erhalten hat, letzterer nicht, mag auch bei der Auswahl seine Eigenschaft als Beamter erheblichen Einfluß geübt haben, ihm als Beamten ertheilt, anzusehen ist, und mithin auch ein Stellvertreter im Amt nicht ohne Weiteres als ihm für die Ausführung des Auftrags substituiert gelten kann."

In dieser Woche soll, dem Vernehmen nach, mit dem Radialsystem I. der städtischen Kanalisation begonnen werden. Das System umfaßt den östlichen Theil der Louisenstadt. Zunächst will man das Ableitungsrohr an das für das Radialsystem II. bereits gelegte Rohr anlegen. Der Knotenpunkt wird an dem Treppenpunkt der Gneisenau-, York- und Belle-Alliancestraße sein.

Breslau. 4. Mai. [Jahresbericht der Handelskammer für 1875.] Der diesjährige Handelskammer-Bericht konstatiert nun auch in seinem Eingange, daß das Jahr 1875 beginne „bei erheblichen Lagervorräthen und stetendem Absatz, mit niedrigen zum Theil unlöhnenden Preisen und abermals weSENTLICH ermäßigten Courten der meisten Börsen- und Industriewerthe“. Der Bericht beflagt, wie im vorigen Jahre, die im Böhmen geringen Leistungen der Arbeiter. Bei allen internationalen Ausstellungen ist festgestellt worden, daß die Arbeiter in dem mächtigsten mit uns konkurrierenden Industriestaat, in England, während der gleichen Arbeitszeit erheblich

mehr leisten, als die Unfrigen. Während somit das Facit der geschäftlichen Rückenrechnungen an 1875 entschieden kein günstiges genannt werden kann, blickt der Bericht dagegen mit voller Befriedigung auf die politische Weiterentwicklung. Er gedenkt der Währungs- und Münz-Reform, welche im vergangenen Jahre mächtig fortgeschritten ist, sowie des Bankgesetzes. Die einzige große Aufgabe der Wirtschaftsgesetzgebung, welche noch zu lösen sei, besteht in der Herstellung würdiger und erproblicher Eisenbahn-Behältnisse, und mit dem Wunsche nach baldiger Herstellung einer deutschen Eisenbahnverfassung, schließt die Einleitung des Berichts. Leider ist aus dem Bericht nicht zu ersehen, welche Stellung die breslauer Handelskammer zu dem so tief in alle wirtschaftlichen Verhältnisse eingreifenden, alle Kreise aufregenden Projekt der Übertragung der preußischen Bahnen an das Reich einnimmt. Wir finden nur erwähnt, daß die Handelskammer anlässlich des Entwurfs eines Reichseisenbahngegeses sich auf die Erklärung befreit habe, daß das Gesetz vom 27. Juni 1873 nicht ausreiche, um die dem Reich durch die Reichsverfassung hinsichtlich des Eisenbahnwesens zugewiesenen Aufgaben zu lösen und daß es daher eines neuen Gesetzes, welches die Reichsauffassung näher begreift und organisiert, bedürfe. Zu den bekannten Eisenbahntheilen des Handelsausschusses vom 21./23. Oktober v. J. habe das Plenum der Handelskammer nicht Stellung genommen. „Wir müssen daher ein Eingehen auf das bei Weitem pikante Thema der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik — ist es im Interesse einer gefunden Weiterentwicklung des deutschen Eisenbahnwesens unerlässlich, daß die Staats- und Privatbahnen in Reichsbahnen umgewandelt werden? — für dies Mal uns noch verfagen.“ So äußert sich der Jahresbericht der Handelskammer über die wichtigste aller schwelbenden wirtschaftlichen Fragen, und wir können das Bedauern, welches dem Verfasser des Berichts bei jenen Zeilen beschlichen zu haben scheint, nur vollständigtheilen. Hoffentlich findet das Plenum Zeit, bis zum Erstellen des nächsten Jahresberichtes in dieser Frage „Stellung zu nehmen“. Dem allgemeinen Theile folgt ein ausführlicher Bericht über die Gutachten, Ansichten und Wünsche der Handelskammer über allgemeine und besondere Gegenstände ihres Bereiches. Gegen den Entwurf eines Börsensteuergegeses hat die Handelskammer eine Petition an den Reichstag gerichtet, die der Bericht im Wortlaut mittheilt. Der Reichstag hat befamlich in seiner Sitzung vom 16. Dezember den Gesetzentwurf abgelehnt. Schließlich wird die Petition mitgetheilt, welche die Handelskammer in Betreff der Eisenzölle an den Reichstag richtete, und in welcher um Hinausschiebung des Termins für Aufhebung der Eisenzölle auf drei Jahre gebeten wurde. Wie bekannt, hat der Reichstag am 6. Dezember beschlossen, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Köln. 7. Mai. Wie die „R. B.“ vernimmt, wird in der nächsten Zeit auf der rechten Rheinseite mit der Errichtung von vier Forts und neun kleinen Werken zur größeren Befestigung von Köln und Deutz begonnen werden. Die bezüglichen dem Kriegsministerium vorlegten Pläne sind genehmigt.

T i o l i e n .

Nom. 2. Mai. Das Pilgerwesen steht wieder in üppiger Blüthe; eine Pilgerkarawane ist aus Frankreich angelangt und wird am 5. d. (am Piustag) vom Papst empfangen werden. Führer derselben sind der Vicomte de Damas und der Priester Picard. Schon am Sonntage, sowie auch gestern empfing der h. Vater eine große Zahl dieser Pilger. Gegen die Mitte des Monats Mai wird, wie verlautet, eine Deputation aus Deutschland erwartet, die dem Papste die Gratulation der Katholiken (ihrer Landsleute) zu dessen Geburtstage darbringen werden, welcher den 13. Mai von der Christenheit gefeiert wird. Und endlich werden am 29. Mai zahlreiche Deputationen aus allen jenen Städten Italiens erscheinen, welche am Kriege gegen Barbarossa ums Jahr 1176 sich beteiligten, und dem Rufe des Papstes Alexanders III. nach Leguan folgten. Der Empfang dieser italienischen Deputationen wird am 29. Mai im Vatikan stattfinden. — Am 30. v. M. empfing der Papst in feierlicher Audienz eine Anzahl französischer Pilger, unter Leitung des Erzbischofs von Toulouse, Herrn Desprez. Der Hauptinhalt jener Rede, welche Pius IX. bei dieser Gelegenheit hielt, war ein Vergleich der Altväter des 13. Jahrhunderts mit den heutigen Altchristlichen Deutschlands.

Wie jene mit dem Tode des Papstes Sylvester das Ende des Papstthums gekommen glaubten, so wähnten auch die sogenannten Altchristlichen diejenigen göttlichen Bau zusammenbrechen zu sehen, obwohl sie durch die Erfahrung gewisst, demelben kein so schnelles Ende prophezeiten, wie die Altväter. Gleich allen Kettern, die jemals den Boden Europa's bestreift hätten, behaupteten die Altchristlichen, daß die katholische Kirche jetzt nicht mehr das sei, was sie früher gewesen wäre, daß sie gefallen sei, verdunkelt worden sei in ihrer früheren Reinheit, und da hätten diese Ketzer wohl selbst gar die Lübbkeit, die Reinigung von jenen Schäden übernehmen zu wollen. Mit diesen deutschen Kettern in nächster Verbindung stände jene Landplage, welche über das schöne und doch so arme Italien von Norden her hereingebrochen sei. Schließlich spielte der Papst auf seine Gefangenshaft hin, ohne geradezu diesen Ausdruck zu gebrauchen. Gewalt, Nothwendigkeit und Klugheit zwangen ihn, in dieser Ecke der Hauptstadt des katholischen Erd-

Koncert.

Das Konzert des Herrn Gerhardt Brassin und der Geschwister Hahn am Sonnabend hatte im Bazarraale eine der Jahreszeit entsprechende, ziemlich zahlreiche Zuhörerschaft zusammengebracht. Es begann erst um 8 Uhr, dauerte aber mit geringsten Unterbrechungen bis nach 10 Uhr, kraft des sehr reichlich bedachten Programms, das, gleich vorausbemerkt, einen überwiegend modernen Stempel trug. Die Geschwister Hahn haben sich schon im Herbst 1874 beim hiesigen Publikum in einem Konzerte eingeführt, wogegen Herr Gerhardt Brassin zum ersten Male in einem posener Konzertaale auftrat. Der Name ist kein unbekannter, der musikalische Stammhalter der Familie, ein Belgier, glänzte vereinst in Hamburg als Baritonist, von seinen drei Söhnen, die ihre musikalische Bildung zumeist in Deutschland genossen, ist Louis Brassin, der Pianist, der bekannteste, dessen Renommée auf ethnographischer Basis der Impresario Ullmann anbahnte. Gerhardt, der jüngste der Brüder, ist ein Schüler des verstorbenen David in Leipzig, hat unter Stern in Berlin gewirkt und war längere Zeit Konzertmeister zu Bern, französisch ist hier nur der Name, sein Träger ein echter Jünger der deutschen Kunst. Brassin spielte im Verein mit Fr. Jenny Hahn die schon von Rappoldi hier gespielte „Sonate“ von Ed. Grieg, „Romanze“ F-dur von Beethoven, „Scherzo“ von David, „Neverie“ von Bieuxtemps, „la Ronde des lutins“ von Bazzini und „Concert militaire“ von Lipinski, Stücke in reichster Auswahl. Eine schöne klangvolle Guarneri-Geige präsentierte sich in bester Handhabung. Ton und Spiel ist voll, schön und abgerundet, die Technik eine respektable, wenn auch hier oft dem Tone das Instrument etwas anhaftet. Voll und rein spiegeln sich die Vorzüge des Künstlers in den getragenen ernsten und lyrischen Nummern wieder, da kommen innere Natur und Anlage zur wahrsten Gestaltung. Der zweite Satz der Sonate, die Romanze und die Neverie waren Belege dafür. Das Scherzo von David und „der Neige der Kobolde“ von Bazzini, einem gesieerten italienischen Violinisten, das letztere ein bizar-charakteristisches Bravourstück, boten für den ge-

wandten Techniker all die gehäuft Schwierigkeiten, die sich auf den vier Saiten des Instruments irgend möglich unterbringen lassen. Hier zeigte der Künstler unerhörbares Geschick, aber jene gewisse Kofferterie des Spiels, der Uebermut im Ueberwinden der gestellten Aufgaben, die volle haarscharfe Sicherheit im Saitensprunge fehlt in Etwas. Alles in Allem lernten wir in Brassin einen hoch achtbaren Künstler kennen, dem die ernstere Seite seiner Kunst Herzenssache ist und sich auch als solche gibt.

Fr. Jenny Hahn, Konzertsängerin aus Breslau, eröffnete mit derarie der Penelope „Ich wob dies Gewand“ aus Odysseus von Bruch. Es war jedenfalls in ihrer Art die bedeutendste Nummer des Abends, vollendet in Auffassung und Wiedergabe. Von den drei folgenden Liedern von Rubinstein, Brahms (Wonnevoll) und Raff, schien uns namentlich als Komposition das Rubinstein'sche das bedeutendste zu sein, so recht für eine schöne Altstimme geschrieben. Verhehlen können wir allerdings nicht, daß bei diesen Liedern eine etwas markantere Aussprache erwünscht gewesen wäre, es trat dies namentlich bei dem Brahms'schen Liede hervor, wo die Melodie stellenweise zu mehr oder weniger sonorer Aussprache abfällt und hier nur durch präzise Aussprache ein Effekt erzielt werden kann. Der Beifall, den Fr. Hahn erntete, brachte noch ein Lied von Lassen: „Böglein, wohin so schnell“ ebenso schön durchgeführt, als dankbar aufgenommen.

Fr. Clara Hahn vertrat am Abend das Piano. Wir müssen der Ausdauer rührend gedenken, mit der Fr. Hahn durch 2 Stunden hindurch beinahe andauernd, theils als Begleiterin, theils als Solistin wirkte. Die bekannten „Variationen“ von Händel, das „Presto“ von Scarlatti zeigten ein wohlgeübtes, glattes, perlendes Spiel. Fr. Hahn ist Schülerin von Taufig und Kullat. Die „Rhapsodie“, von Liszt (sie war in diesem Winter schon fünfmal in Konzerten gespielt worden) litt in Etwas unter dem manirirten Her vorheben einzelner Töne und Passagen, und da sie ziemlich den Schluss bildete, unter der nothwendigen und erklärlchen Er müdung nach so langer anstrengender Thätigkeit. Auch Fr. Clara Hahn er-

freute sich lebhafter Theilnahme Seitens des Publikums, das bis zum Schluss des Konzerts aushielte. — g.

* Darmstadt, 3. Mai. Unsere Stadt wurde heute Morgen durch den unglücklichen Ausgang eines Pistolenduells zwischen zwei Polytchnikern, von denen der eine, Herr Jung aus Grünberg, einen Schuß in den Unterleib erhielt, der nach wenigen Stunden den Tod herbeiführte, in lebhafte Aufregung versetzte. Die Ursache, welche zu diesem unglücklichen Ereignis Veranlassung gegeben, wird in Verbindung gebracht mit einer vielbelrohrten Neuferierung, welche der neue Direktor des hiesigen Gymnasiums in seiner Amtssrede den Oberprimaern gegenüber gehalten haben soll. Herr Dr. Weidner soll heute unter Anderem seine Ansicht dahin ausgesprochen haben, daß er den vertrauteren Umgang der Gymnasiasten mit den größtentheils älteren, das akademische Leben nachahmenden Polytchnikern aus pädagogischen Gründen in keiner Weise wünsche und jedenfalls das Besuchen von Kneipengläsern u. dergl. nicht dulden werde. Ob dieser im würdigsten und wohlwollendsten Töne gehaltenen Ermahnung, welche auch nicht den Schatten einer Beleidigung für die Hörer des Polytchnikums enthielt und zu der Herr Dr. Weidner in hohem Grade berechtigt war, entstand in der hiesigen demokratischen Prese ein Sturm fülllicher Entrüstung, der um so tobender wütete, als man dem neuen Direktor zugleich als dem aus Norddeutschland herabgekommenen Preußen seinen Zorn fühlen lassen konnte. Leider ließen sich die Polytchniker durch diese Hetsartikel gleichfalls in eine gänzlich unmotivirte und simlose Aufregung hineinversetzen, als deren Folgen wir das heutige Pistolenduell und den traurigen Tod eines blühenden, zu den schönsten Hoffnungen berechtigten jungen Mannes zu beklagen haben. Der schuldige Theil wurde sofort verhaftet und sieht einer exemplarischen Strafe entgegen.

* Ein barmer Aufstreicher-Gehilfe, schreibt die „Hess. Morg. Zeitg.“, welcher im Besitz eines Exemplars des Seidenstücker Lesebuches „Eutonia“ war, in welchem Fürst Bismarck, wie er sich vor längerer Zeit erinnerte, in seiner Jugend eine Anekdote über eine Revanche der Deutschen in Venetia gelesen hatte, überfand dies Buch kürzlich dem Fürsten als Geschenk. Als Gegengeschenk erhielt er dafür dieser Tage aus dem Spezial-Bureau des Reichskanzlers ein Prachtwerk über den deutsch-französischen Krieg, nebst einem dasselbe begleitenden Danksschreiben.

kreises zu leben, aber wenn es auch nur eine Ecke sei, so sei sie doch von Gott begnadigt und gesegnet. Dann pries er noch einmal das Glück und die Tugenden des französischen Volkes, gab seinen Segen und entließ die Besucher.

Großbritannien und Irland

London. 5. Mai. Während die deutsche Kaiserin als willkommener Gast hier erwartet wurde, machte es einen eigentümlichen Eindruck, wenn die „Morning Post“ die bevorstehende Ankunft des „Königs von Hannover“ in Begleitung der Prinzessin Friederike anzeigen. Die „Königin“ und die Prinzessin Marie sollen am 16. d. M. nachfolgen. Das Blatt fordert das englische Volk zur herzlichen Bewilligung des dem Königshause nahe verwandten Fürsten auf, zumal dieser sich im unverdienten Unglück befindet und daher die Sympathie Englands verbiete. — In mittelalterlicher Weise wurde am 1. d. wie der „R. Z.“ von hier geschrieben wird, unter dem Klange der silbernen Trompeten der „Staatstrompeter“ der City, der neue Titel der Königin durch die Sheriffs von London und Middlesex vor dem londoner Volke ausgerufen, einmal vor der Börse und ein zweites Mal innerhalb des vierzigsten Hofes der Börse. Wie in den Shakespeare'schen Stücken folgten dem Ausrufe laute Hurrahruhe der gerade anwesenden Leute, die allerdings eben so wenig besucht waren, sich als „die Bürger Londons“ auszugeben, wie die Schauspieler auf der Bühne bei den erwähnten Aufführungen, oder wie die bekannten drei Schneider von Tooley Street als „das englische Volk“. — Der Prinz von Wales ist in seiner Art ein Musterprinz. Was er seit dem Oktober des vorigen Jahres an Empfangsfeierlichkeiten, Militärparaden, Ballen, Gastmählern, Jagdparten und sonstigen höchst beschwerlichen Unterhaltungen durchgemacht hat, wäre hinreichend, einem Dutzend anderer Menschen Kopfschmerz bis ins Jenseits hinauf zu verursachen. Ihm aber scheint dadurch weder Gesundheit noch gute Laune geschädigt worden zu sein. Er amüsiert sich im düsteren Escorial gerade so gut, wie auf der Elefantensafari unter dem heitern Himmel Indiens, und zollt den Tänzerinnen Spaniens nicht minder leutseligen Beifall als den Bajaderen sanskritischer Zonen. Das Neueste und nicht Unbedeutendste seiner Reiseerlebnisse ist, daß der König von Spanien mit seinem hohen Guest vorgestern im einfachen Frack beim englischen Gesandten, Herrn Papard, zu Tische erschien. Dergleichen war nämlich nicht dagelesen, seitdem Spanien den Segen einer Monarchie genießt. Und tatsächlich soll der König vorerst dazu die Genehmigung seines Kabinetts eingeholt haben. Dass sie von diesem nach einigem Bedenken wirklich ertheilt wurde, wird, wie ein bezügliches Telegramm der „Times“ meldet, von der liberalen konstitutionellen Partei Spaniens als der „Beginn einer neuen Ära in dessen Verfassungsgeschichte“ mit großer Befriedigung aufgenommen. — Die Ausstellung wissenschaftlicher Institute, deren Eröffnung ursprünglich auf den heutigen Tag festgesetzt worden war, wird erst am 13. d., und zwar durch die Königin in Person, eröffnet werden. Drei Tage früher, nämlich am 10. d., findet die feierliche Eröffnung der Ausstellung in Philadelphia statt. Sowohl die Gebäude als die Anlagen daselbst werden an Sonntagen geschlossen bleiben. Die Frommen haben, wie man sieht, in dieser Angelegenheit denn doch den Sieg davon getragen. Überhaupt giebt es noch mehr Frommgläubige in der Welt, als unsere Philosophie sich träumen lässt. So ist, um nur ein Beispiel anzuführen, im vergangenen Jahre trotz der schlechten Zeiten beinahe sämtlichen religiösen Vereinen Englands mehr Geld als je zuvor zugeslossen: der Bibelgesellschaft nicht weniger als 220,000 £., dem Verein für Verbreitung der Bibel über 125,000, dem Kirchen-Unterstützungsverein 57,000 £., der Gesellschaft zur Stiftung von Kirchen auf dem Festlande und in den Kolonien 38,000 £., dem südamerikanischen Missionsvereine über 13,000 £. u. s. w. — Nach den neusten hierher gelangten Nachrichten wird die Lage der Chinesen in Kalifornien, die mit den Eingeborenen schon seit Langem in äußerster Spannung leben, immer kritischer. Die Kalifornier haben das Chinesen-Quartier Antioch in San Francisco angebrannt! Die Chinesen waren vorher gewarnt worden; ein großer Theil von ihnen war daher schon geflohen, ehe das Feuer ausbrach. Andere flohen, während die Flammen um sich griffen. Bei diesem Stande der Dinge kann es nicht mehr ausbleiben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in Washington ihr entscheidendes Wort in dem Kampfe der beiden Nationalitäten spricht und Truppen nach Kalifornien kommandiert, welche die Ruhe aufrecht zu erhalten haben.

A m e r i k a .

Die amerikanischen Blätter bringen den Wortlaut der kurzen Botschaft, in welcher Präsident Grant von seinem Veto gegen die Heraussetzung des Präsidenten Gehaltes auf 25,000 D. Gebrauch macht. Der Präsident sagt, wenn er der betreffenden Bill seine Zustimmung verweigere, so könne man ihn nicht beschuldigen, daß er sein eigenes Interesse im Auge habe, da die Maßregel ihn nicht mehr angehe. Aber er weiß aus Erfahrung, daß ein Gehalt von 25,000 D. nicht hinreiche, um die Ausgaben der Präsidentschaft zu bestreiten. Das Gehalt sei zu einer Zeit auf 25,000 D. festgesetzt worden, als die Vereinigten Staaten arm waren und kaum 3 Millionen Einwohner hatten, während sie jetzt vierzig Millionen zählen und gleichzeitig der Wohlstand wie die Kosten der Lebensbedürfnisse zugewachsen sind. Der Präsident erinnert daran, daß damals auch die Kongressmitglieder nur 6 D. per Tag erhielten, während sie jetzt, die Session zu 4 Monaten gerechnet, für ihre täglichen Dienstleistungen mehr als 30 D. bekommen.

Parlamentarische Nachrichten.

* Die bereits erwähnte Rede, welche der Abg. Hundt v. Hassett am Sonnabend im Abgeordnetenhaus gelegentlich der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Vertheilung der öffentlichen Lasten bei Grundstückstheilungen und die Gründung neuer Ansiedlungen gehalten hat, ist uns heute (Montag) nach der stenographischen Aufzeichnung, jedoch zu spät zugegangen, als daß sie im Mittagblatt hätte aufgenommen werden können. Wir geben dieselbe nun nach stehender wörtlicher Aufzeichnung wieder:

M. H., gestatten Sie mir einige wenige Bemerkungen, da dieser Gesetzentwurf auch für die rechte Seite des Hauses eine gewisse prinzipielle Bedeutung hat. M. H., das deutsche Reich hat Alles gethan, um den Menschen von der Scholle los zu lösen, um seine Kräfte zu entfesseln, es hat durch die Aufhebung des Patzvanges durch die möglichste Freiheit der Auswanderung, durch die Gewerbe- und Koalitionsfreiheit und namentlich durch die Freizügigkeit die gesetzlichen Mittel geboten, um die Schranken, die sich der freien Arbeit entgegenstellen, aus dem Wege zu räumen. Aber was hat

das Reich gethan, um den Menschen an die Scholle zu fesseln? M. H., da kann allerdings uns erwidert werden: ja, das ist die Sache der Einzelstaaten und in dieser Beziehung gebe Preußen jetzt mit einem Gesetzentwurf voran, der meiner Ansicht nach die höchste Beachtung auch im übrigen Deutschland verdiente. Sie sind gewiß auch auf der linken Seite des Hauses damit einverstanden, daß die Schöpfung eines lebensfähigen und kräftigen Bauernstandes eine der höchsten Aufgaben einer verständigen inneren Staatspolitik ist. Aber diese Schöpfung eines freien, unabkömmligen existenzfähigen Bauernstandes hat drei Vorauflagen; der ersten Vorauflage soll genügen werden durch diesen Gesetzentwurf, das ist die Erleichterung der Ansiedlung, die zweite ist die Gelegenheit zur Ansiedlung, und der dritte ist eine Organisation des Realredits.

Man hat im Herrenhause gesagt: ja, wie werden wir unserem Domänenfiskus zumuthen können, die schönen Domänen zu zerstören, solche Bestrebungen zeigen ja eine gewisse Feindlichkeit gegen gröbere geschlossene Güter. M. H. in der Weise, wie bis dahin die Gelegenheit zur Ansiedlung von Seiten unseres Finanzministeriums geboten ist, wird dem Bedürfnis ja natürlich niemals genügt werden können. Wenn man in kapital- und menschenarmen Gegenden die Ansiedlung erleichtert, ja was hilft ein solches Prozedieren, das wird niemals von Erfolg gekrönt sein! Nach dieser Richtung hin ist das, was von Seiten des Finanzministeriums in Pommern verfügt worden ist, eigentlich mehr dazu angehtan, um die Ansiedlungsversuche unmöglich zu machen als sie zu fördern. Hätte man diese Vertheilung der Domänen in den volks- und kapitalsreichen Gegenden Sachsen verfügt, so würde man schon ganz andere Resultate erzielt haben! — M. H., es handelt sich hier überhaupt nicht um das Zerschlagen von Domänen und Gütern, sondern um eine Organisation, wie sich um den selbstständigen Gutsfern herum selbstständige Existenzgruppen bilden, und wie sich an diese selbstständigen Existenzgruppen der kleinere Besitzer und die ganze Arbeiterbevölkerung anlehnen kann. England hat ein Proletariat der Industrie, wir haben ein ländliches Proletariat, und dem entgegen zu wirken, das ist eine der Hauptaufgaben einer guten und gesunden Finanzwirtschaft. Meine Herren, Mecklenburg hat den sehr gelungenen Versuch gemacht, um der Massenauswanderung Einhalt zu thun, nach dieser Richtung hin durch Erleichterung der Ansiedlungen und namentlich durch eine Organisation des Realredits die Ansiedlungsfrage gründlich zu lösen und auf diese Weise der Auswanderung vorzubeugen. Es ist in Mecklenburg möglich gewesen, auf dem großerzöglichen Dominium innerhalb einiger Jahre 5000 selbstständige kleine ländliche Wirtschaften, die man dort Häusler nennt, zu begründen. Man hat erstens die früheren Erbzinsbauern in selbstständige Besitzer verwandelt und hat außerdem ihnen gleich den Kredit organisiert. Man hat dann kleinere Häuslerstellen geschaffen und so zwischen den Großgrundbesitzern und den Tagelöhnern stufenweise die Freiheit des Bevölkerungszuvertrauens verfügt.

M. H., wollen wir in dieser Richtung wirklich etwas Positives schaffen — denn nach meiner Ansicht ist dies Gesetz nur ein dazu vorbereitender Schritt — dann sollten wir von Amerika lernen, dann sollten wir die Kolonisationspolitik, die Amerika verfolgt und die wir in den früheren Jahrhunderten selbst mit Glück betrieben haben, uns genauer ansehen. Darin liegt nicht die Kunst, die Domänen zu parzellieren in Volks- und kapitalsarmen Gegenden, sondern darin, die Bevölkerung zu verteilen und dahin zu bringen, wo sie ihr Kapital, ihren Fleiß und ihre Arbeitskraft besser zu verwerten vermögen. Amerika gewinnt, Dank seiner Kolonisationspolitik, alljährlich 60,000 leistungsfähige und steuerfähige Bauern. M. H., Das ist ein Zwachs an Kraft, der uns verloren geht; denn dies ist doch eine der bedenklichsten Thatachen, daß wir in einem Jahre, im Jahre 1872, mehr an Menschenkräften — und zwar die besten Menschen wandern aus, die arbeitsfähigsten — verloren haben, wie in den drei großen Kriegen, im dänischen, österreichischen und französischen zusammengekommen. M. H. Dabei will ich gleich einem Freithum entgegentreten, als wenn es sich darum handelt, mit einem Griff einen großen unabhängigen Bauernstand schaffen zu wollen, — darum handelt es sich garnicht, die Größe des Grundbesitzes macht es nicht, sondern die Lebensfähigkeit desselben, die Verbindung des Arbeiters mit der Scholle, die Befriedigung der Sehnsucht des deutschen Arbeiters, über ein Eigenthum zu verfügen, über ein eigenes Haus und über einen eigenen Heerd!

Das Ministerium Camphausen hat sich damit gerühmt, daß es 30 Millionen Mark durch den Verlauf der Domänen in der kurzen Zeit seiner Existenz dem Staatsfädel zugeführt habe! Besser wäre es gewesen, diese 30 Millionen wären entweder dazu verwandt, um Wüsteneien zu befreien oder um diese so aus den Domänen erlangten Summen in Forstgrundstücken zu konvertieren, oder aber um den Realcredit des kleinen ländlichen Grundbesitzers zu organisieren. Was ist nach dieser Richtung hin geschehen? Gar nichts! Alle diese Versuche haben einen rein theoretischen Charakter. Es werden einige, ich will nicht sagen, legitimire oder unlegitimire Menschen nach dem Rheinland und Westfalen geschickt, mit dem Auftrage, sie möglichen sich derartige Verhältnisse anzusehen, es werden einige Gutachten eingefordert und die Sache selbst wird wieder ad acta gelegt. Wir haben in der Provinz Posen, wo diese Abhängigkeit des kleinen ländlichen Grundbesitzers von dem Bucherer bis zu einer Landeskalamität angeworfen ist, uns durch den Provinziallandtag an die Regierung gewandt, sie möchte die mobil werdenden Summen, die dem großen Grundbesitz früher zur Verfügung gestanden haben zur Organisation seines Realredits fest dem kleinen Grundbesitz zuwenden. Dreiviertel Jahre sind es her, wir bekommen nicht einmal eine Antwort darauf. Ja, M. H., wir begehren da einige Sachen, die sich nicht verantworten lassen. Auch von der linken Seite des Hauses habe ich mitunter das Gefühl, als ob sie uns nicht ganz und voll Gerechtigkeit widerfahren läßt, denn, sowie man von ländlichen Interessen spricht, so wird gesagt: da ist ein Schutzbüllner, da ist ein Agrarier! (Heiterkeit)

M. H., wir gehen von ganz anderen Prinzipien aus, wir halten dafür, daß nur das Gleiche gewichtet des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft zu gesunden Verhältnissen führen kann und wir halten dafür, daß gerade nach der letzteren Beziehung sehr viel gefordert worden ist im preußischen Staate, und daß dieses Gesetz zwar der erste, aber auch nur der erste Schritt ist, um einem langgeführten Bedürfnis gegenüber endlich einmal eine geeignete Abhilfe zu verschaffen. M. H., ich verzichte darauf, die Vorsätze dieses Gesetzes hervorzuheben. Das ist von dem Abg. Lasker bei der ersten Lesung geschehen, wie bei Ansiedlungen der Ansiedler von polizeilichen Veraktionen erlöst, wie die Ansiedlungsfreiheit nicht mehr abhängig gemacht wird von dem Einspruch irgend eines beliebigen, für den Augenblick in der Ruhe seines Besitzthums gestörten Nachbars. M. H., ich beschränke mich auf diese Ansiedlungen und füge nur noch die allgemeine Bemerkung hinzu: jede Erleichterung in der Beschaffung der Erstensiedlungen muß uns auch die Erstensiedler selber schaffen und erhalten. Erleichtern Sie uns diese wirtschaftliche Organisation, erleichtern Sie namentlich dem kleinen Grundbesitzer die Ansiedlungsfreiheit, geben Sie ihm Gelegenheit, sich eine Hütte zu bauen, organisieren Sie seinen Realcredit, dann werden Sie eine Lücke in unserer Gesetzgebung ausfüllen, auf deren Ausfüllung wir lange gewartet haben! (Bravo! rechts.)

Der Herr Minister Dr. Friedenthal bestritt hierauf, daß das Gesetz des Provinziallandtages der Provinz Posen, betreffend die Organisation des kleinen ländlichen Grundbesitzes schon neun Monate zur Kenntnis des Staatsministeriums gekommen, worauf der Abg. Hundt v. Hassett replizierte:

Ich will auch nur gegen einen Irrthum des Herrn Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten auftreten. Unmittelbar nach dem Zusammentreffen des Provinziallandtages — es war vielleicht im Juli — wurde diese Eingabe an das Staatsministerium gemacht;

das trifft also mit meiner Angabe genau zusammen, denn es sind fast neun Monate her.* Ich habe vor einigen Monaten schon den Hrn. Kommissarius der Regierung gefragt, wie es um diese Angelegenheit stehe. Da wurde mir erwidert: ja, wir sind gern bereit, etwas zu thun, aber es hängt noch in dem Ministerium des Innern, wir werden warten, bis es aus diesem Banne erlöst wird!

Lokales und Provinzielles.

Posen. 8. Mai.

* Der Vorschlag-Verein zu Posen, C. G. in Liquidation, hielt am 6. d. M. im Handelsaal eine Generalversammlung ab. Dieselbe wurde durch einen der drei Liquidatoren, Kaufmann Andersch, mit der Aufrufrede eröffnet, einen Vorsitzenden zu wählen. Die Wahl fiel auf den Kaufmann Kirsten, welcher den Maurermeister Hesselbein zum Schriftführer, zu Beisitzern Kaufmann Ferdinand Schmidt und Kaufmann Tunmann berief. Es wurde alsdann in die Tagesordnung eingetreten; als erster Gegenstand befand sich auf derselben die Vorlegung der Bilanz pro 31. Dezember 1875 und die Ertheilung der Deckcharge an die Liquidatoren. Kaufmann Andersch verlas die Bilanz, und bemerkte dabei, daß viele Mitglieder sich ihren Zahlungsverpflichtungen entziehen, so daß allein beim heutigen Kreisgerichte seitens der Liquidatoren 80 Prozesse gegen derartige sämige Zahler haben angestrengt werden müssen. Nachdem nun seitens des heutigen Appellationsgerichts zwei Urteile erlangt waren, durch welche die Verklagten verurtheilt wurden, sei Hoffnung vorhanden, daß die übrigen Prozesse sich rascher abwickeln würden, da die Sachlage in denselben stets die gleiche sei, falls es die Verklagten nicht vorzügen, nunmehr von selbst ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Nach Verlesung der Bilanz beschloß die Versammlung, zur Revision der selben eine Kommission zu ernennen, in welche gewählt wurden: Kaufmann A. Brecht, Provinzial-Feuerwehr-Sekretär Schäfer, Kaufmann Elsässer, Kaufmann Kirsten, Kaufmann Rothholz. Diese Kommission hat die Revision binnen 4 Wochen zu beenden, ihre Gutachten schriftlich abzugeben, und kann sich durch Cooptation von 3 Mitgliedern verstärken. — Kaufmann Frankel machte alsdann Mitteilung über den Stand der Liquidation. Danach beträgt das Defizit gegenwärtig noch immer 58,285 M., zu deren Deckung erforderlich sein würde, daß jedes der zahlungsfähigen Mitglieder außer den bereits gezahlten 150 Thlr. (erste Rate 86 Thaler, zweite Rate 64 Thaler) noch 211 Mark. Da es jedoch von dem Ausfall der noch schwedenden Prozesse abhängt, ob in Wirklichkeit eine so hohe dritte Rate aufzubringen sein dürfte, so wurde von einer Beschlusssatzung hierüber Abstand genommen, zumal ein darauf bezüglicher Antrag zurückgezogen wurde. Der dritte Gegenstand der Tagesordnung: Vorschläge in Bezug auf Fortsetzung resp. Beendigung der Liquidation, wurde auf Antrag des Kaufmanns Andersch bis zu der demnächst zu beruhenden außerordentlichen Generalversammlung vertagt, welche die Revisionskommission behufs Ertheilung der Deckcharge an die Liquidatoren Bericht zu erstatten haben wird. Schließlich stattete auf Antrag des Kaufmanns Tunmann die Versammlung den Liquidatoren ihren Dank für deren bisherige Thätigkeit durch Erheben von den Sitzen ab.

* Der Verein der posener Lehrer hielt am 5. d. M. seine ordentliche Versammlung ab. Als Antwort auf die vom ständigen Ausschuß der allgemeinen deutschen Lehrerversammlung gestellten, die allgemeine Volkschule betreffenden Fragen wurden nach den Referaten der Herren Eckert, Gossling, Buzaj, Ostrowski und Dr. Kriebel folgende Thesen angenommen: 1) Für die Gestaltung öffentlicher Schulen darf die gesellschaftliche Stellung der Eltern nicht maßgebend sein. Es ist die Verwirklichung der Idee einer allgemeinen Volkschule anzustreben. Auch durch die religiöse Ausbildung der Eltern darf die Gestaltung öffentlicher Schulen nicht beeinträchtigt werden. Die Kinder sind zur Toleranz gegen Andersgläubige zu erziehen; daher ist der allgemeine Volkschule der simultane Charakter zu verleihen. Nur die Entwicklungsfähigkeit der Kinder ist für die Gestaltung öffentlicher Schulen maßgebend. Sie fordert die Einrichtung der allgemeinen Volkschule. 2) Die Entwicklung aller körperlich und geistig normal angelegten Kinder ist nicht gleich, sie wird sowohl durch die gesellschaftliche Stellung, als auch durch das religiöse Bekenntnis der Eltern beeinflußt. Da aber die Erziehung im elterlichen Hause sowohl durch das Eine, als durch das Andere häufig an Irrthum krankt, so ist es Pflicht der allgemeinen Simultanschule, nach beiden Seiten hin berichtigend aufzutreten. 3) Die gemeinsame, grundlegende Bildung, welche bei normal entwickelten Kindern sich in der Regel wird bis zum vollendeten 10. Lebensjahr erreichen lassen, soll nur in der allgemeinen Volkschule, bezüglich der Religion in der mit simultanem Charakter erzielt werden. Es ist die Verwirklichung der Idee einer allgemeinen Volkschule anzustreben. Auch durch die religiöse Ausbildung der Eltern darf die Gestaltung öffentlicher Schulen nicht beeinträchtigt werden. Die Kinder sind zur Toleranz gegen Andersgläubige zu erziehen; daher ist der allgemeine Volkschule der simultane Charakter zu verleihen. Nur die Entwicklungsfähigkeit der Kinder ist für die Gestaltung öffentlicher Schulen maßgebend. Sie fordert die Einrichtung der allgemeinen Volkschule. 4) Die grundlegende Bildung ist für beide Geschlechter eine gleiche. 5) Folgende Unterrichtsstoffe sind zur grundlegenden Bildung notwendig: Schreiben, Lesen, Rechnen, Gesang, Heimatkunde, Religion. 6) Die Volkschule ist in 3 Stufen zu gliedern, wovon auf die allgemeine Volkschule mit grundlegender Bildung 2 Stufen, die Stufe zu 2 Schuljahren kommen. Die Zahl der Unterrichtsstunden darf auf der Unterstufe die Zahl 20 nicht übersteigen, auf der Mittelstufe die Zahl 26, auf der Oberstufe die Zahl 30. 7) Vorrüste des gemeinsam erzielten Unterrichts sind: es wird der sozialen und religiösen Intoleranz vorgebeugt, und es werden größere Schulkörper ermöglicht; die Heirtheile gibt es nicht. 8) Der Unterricht in der Schule für grundlegende Bildung ist frei. 9) Vorbereitungsanstalten für das vorschulische Alter sind mit der Schule für die grundlegende Bildung nicht in organische Verbindung zu bringen, wohl aber müssen die Fortbildungsschulen mit der Volkschule in organischen Zusammenhang gebracht werden und zwar mit obligatorischem Schulbesuch. 10) Die allgemeine Volkschule für die grundlegende Bildung bildet die alleinige Grundlage für alle Schulen mit weitergehenden Zielen. Aus ihr entwickelt sich a. die Oberstufe der Volkschule bis zum vollendeten 14. Jahre; b. die Mittelschule; c. die höheren Schulen. Vorschulen an den höheren Schulen sind unstatthaft. 11) Sittlich verwahrloste Kinder müssen besondere Anstalten überwiesen werden, welche die Gemeinde, in zweiter Linie der Staat zu unterhalten hat. Dem Schulvorstande steht die Entscheidung über die Verweisung zu. 12) Es ist dabin zu wirken, daß Kinder dem in sittlicher Beziehung schädlichen Einflusse gewissenloser Eltern durch richterliches Entfernung entzogen werden können; die Gemeinde, in zweiter Linie der Staat, sind verpflichtet, die den Eltern Entzogenen in väterliche Gewalt zu nehmen. Die Erlangung der grundlegenden Bildung auf anderem Wege als in der öffentlichen Schule kann nur ausnahmsweise gestattet werden. Ausnahmen sind zu gestatten: a) bei körperlichen oder geistigen Schwächen und Gebrechen der Kinder; b) bei großer Entfernung des Schulhauses (über $\frac{1}{2}$ Meile) vom Wohnorte des Kindes. Privatunterricht darf nur von staatlich qualifizierten Lehrern und höchstens 10 Kindern zugleich ertheilt werden.

* Der posener Provinzial-Landtag hat in seiner Sitzung vom 16. Okt. v. o. beschlossen, die Petition wegen Bildung eines bäuerlichen Kreditvereins an den Kaiser zu richten, mit der Bitte, daß das Ministerium beauftragt werde, eine entsprechende Vorlage an den Landtag zu bringen. Die Petition beantragte zugleich, dem zu bildenden Kreditvereine die bei Gründung der alten posener Landschaft derselben zinsfrei übergebenen 200,000 Thlr. nach Auflösung der Anstalt zu überweisen.

Red. d. Posener Zeitung.
Red. d. Posener Zeitung.

sich derselbe, bis den Beamten in die Hand, riss ihm Haare aus dem Bart, und konnte erst mit Hilfe des einen Militärpostens, welcher vor dem Generalkommando steht, verhaftet werden.

Ein Gardinenbrand entstand gestern Mittags in einer Wohnung am Alten Markt dadurch, daß eine brennende Spirituslampe der Gardine zu nahe gekommen war.

Diebstähle. Verhaftet wurde eine schon bestrafte Arbeiterfrau, welche sich neuerdings auf der Breslauerstraße eines Diebstahls an Schuhern schuldig gemacht hat.

Kruschwitz. 7. Mai. [Mord.] In dem benachbarten Dorfe Kruschwitz wurde der Wirth S. in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai erschossen. Von einer Geschäftsroute zurückgekehrt, legte sich S. zu Bett, wurde jedoch kurze Zeit darauf von seiner Frau mit dem Bemerkten geweckt, daß die Schweine auf dem Hofe umherlaufen. Nachdem S. aufgestanden und die Schweine wieder eingetrieben hatte, näherte er sich der Pforte, um nachzusehen, ob dieselbe verschlossen sei. In diesem Augenblick fiel ein Schuß und die Ladung, aus gehacktem Gusseisen bestehend, traf S. in die Brust. Derselbe hatte zwar noch so viel Kräfte, um in seine Wohnung gelangen zu können, doch der herbeigeholte Arzt fand ihn bereits als Leiche vor. Der Thäter ist bis jetzt noch nicht ermittelt worden.

Ostrowo. 8. Mai. [Milizisches Krautzen.] Vorigestern traf hier der Divisionskommandeur General von Sandrat zur Inspektion des hier garnisonirenden 2. Bataillons des 50. Infanterieregiments ein und reiste gestern wieder nach Kroatisch ab. Am 15. d. M. beginnen die Übungen der zur Ausbildung mit dem Maschinengewehr eingerufenen Wehrmänner des ostrowoer Landwehrbataillons. Die Übungen sollen bis zum 26. d. M. dauern und dazu 360 Mann eingezogen und in den Kasernen untergebracht werden. Die Mannschaften des bietigen Bataillons sollen während dieser Zeit in der Stadt Quartiere beziehen. — Der Fleckentypus und die Masern grassieren immer noch in unserer Stadt, doch ist der Verlauf beider Krankheiten im Ganzen ziemlich günstig.

Strialkow. 4. Mai. [Gewitter. Spiritus aus Russland. Landwirtschaftliches Ausführungs-Rat und Kranke.] In der Nacht vom 24. zum 25. v. M. entlud sich über unihen Ort ein sehr schweres Gewitter, welches begleitet von heftigen Blitzen und starken Donnerschlägen, wohl gegen 2 Stunden lang währte. Glücklicherweise wurde kein Schaden verursacht. Auch war dasselbe von einem heftigen Regen begleitet welcher zeitweise in einen Guss auszuwarten schien, und bis gegen Mittag ununterbrochen fortduerte. Dieses Gewitter war bereits das zweite, durch welches die hiesige Gegend in diesem Jahre heimgesucht worden ist. — In dem verflossenen Monat April war die Ausfuhr von Spiritus aus Russisch-Polen besonders seit dem 13. eine sehr schwache. Im Ganzen sind ungefähr die Hälfte so viel Fass hierfür zur amtlichen Verzeichnung und Weiterbeförderung angekommen, als im Monat März. Der Grund davon liegt in der Wiederaufhebung des in Aussicht gestellten Ausfuhrverbotes per Wagen und Kahn während dieser Bremperiode. — In Folge des großen Futtermangels, welcher sich in hiesiger Gegend fast bei allen Landwirten zeigt, sind dieselben schon seit einigen Tagen gezwungen, ihr Vieh auf die kaum grün gewordenen Weideplätze zu treiben, um nicht das enorm teure Stroh kaufen zu müssen, welches pro Schöck in der nächsten russisch-polnischen Stadt Slupce mit 17 bis 20 Rubel bezahlt wird. Das Heu ist im Verhältniß zum Stroh dort viel billiger. — Der Stand der Sommer- und Wintersaaten in hiesiger Gegend ist mit Ausnahme der niedrig gelegenen Acker ein sehr kräftiger, ganz besonders ist die Entwicklung der Luzerne und des Klees, welche Futterkräuter aus Mangel an Wiesen in hiesiger Gegend sehr angebaut werden, wie auch die der Gräser eine ganz vorzüglich und ist daher Aussicht auf eine günstige Futterernte vorhanden. — Zu dem am 1. d. M. in Gnesen abgehaltenen Wojciech-Markt sind hier große Koppeln von 18 bis 20 Pferden aus Russisch-Polen durchgeführt worden. Die Pferdehändler sind tief in Russland gewezen und haben in den Gegenden, die an Futtermangel leiden, ihre Aufläufe besorgt. Die Pferde hatten im Ganzen ein gutes Aussehen.

Bromberg. 6. Mai. [Krautzen.] Gestern Nachmittags entstand auf dem Grundstück Schönfeld No. 7, der Stellmacher-Wittwe Udit gehörig, Feuer und zwar im Stalle, der total niedergebrannte. Mit demselben verbrannte eine hochtragende Kuh und zwei Hunde, außerdem eine Menge Schirholz und Maschinenteile. Von den Hausbewohnern war Niemand zu Hause; man vermutet böswillige Brandstiftung. Die Bevölkerung ist nicht verichert; der ihr zugehörige Schaden daher für die Verhältnisse derselben ziemlich groß. Die Kuh allein hatte einen Wert von 180 Mark. Beim Retten der Sachen aus den bedrohten Nachbarhäusern sind mehrere Diebstähle vorgekommen, u. A. wird eine Taschenbüch und eine Schachtel, in der sich eine goldene Brosche und ein Medaillon befunden haben sollen, vermisst.

Die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums vom 15. April d. J.

(Aus der Provinz eingefand.)

In öffentlichen Blättern wird hervorgehoben, daß die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums vom 15. April d. J., betr. die Pensionate und den Privatunterricht, den Lehrern der höheren Schulen eine unangenehme Überprüfung bereitet hat. Einen solchen Erfolg hat die Behörde unweিকlich auch vorausgesehen. Um so mehr muß man annehmen, daß sie nach sehr ernster Erwägung der Verhältnisse zu jener Maßregel geschritten ist. Das Richtige bei der Beurteilung dieses Schrittes zu treffen wird überhaupt nur der im Stande sein, der einerseits den inneren Zustand sämtlicher Gymnasien und Real-Schulen der Provinz genau kennt, andererseits über das sich unterrichtet hat, was vorhergegangen ist. Wie leicht ist es möglich, daß die Überprüfung der Privatstunden und der Pensionen durch die Direktoren, welche in der Presse empfohlen wird, sich nicht bewährt hat? Ist es ferner nicht denkbar, daß auch einzelne Direktoren, welche selbst sich durch Privatunterricht oder durch Pensionen einen Nebenerwerb schaffen, nicht ganz die Grenze innegehalten haben, welche das Interesse der Schule vorschreibt? Kann nicht das Schulkollegium bereits vergleichlich den Versuch gemacht haben, Missstände in dieser Beziehung durch disziplinarisches Einschreiten gegen einzelne Lehrer zu beseitigen und nun sich gezwungen seien, durch eine allgemeine Kontrolle einem weiteren Umstieg greifen des Uebels vorzubeugen? Wir wissen nicht, ob diese und ähnliche Fragen, die sich uns unwillkürlich auftreten, schließlich verwirkt werden können und möchten es deshalb für angemessen erachten, so lange mit dem Urtheil über die genannte Verfügung zurückzuhalten, bis jene Punkte aufgeklärt sind. Wir benutzen aber zugleich die Gelegenheit, um auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der eine Abhilfe erhebt. Unter allen Umständen ist zu verbieten, daß Gymnastallehrer, welche zugleich Mitglieder der Prüfungskommission sind, einzelnen Abiturienten in den Fächern, in welchen sie examiniren, Privatunterricht ertheilen. Wir wollen nicht ausführlich nachweisen, weshalb dies mit der Würde des Lehrstandes unverträglich erscheinen und die Achtung des Publikums vor den Entscheidungen der Prüfungskommission beeinträchtigen müßt. Wir begnügen uns vielmehr, eine Frage vorzulegen: welche Entlastung würde sich wohl erheben, wenn einer der Herren, deren Mitwirkung bei dem Examen für den einjährigen Militärdienst in Anspruch genommen wird, das weit geringere Berechtigung gewährt, als die Maturitätsprüfung, einzelne Aspiranten privat vorbereiten wollte?

Lin aus keine Instruktion oder Anregung ergangen, wodurch jene Verfügung zur Überwachung der Privatverhältnisse der Lehrer irgendwie gerechtfertigt wäre, ist tatsächlich unrichtig. Wie in Fachkreisen bekannt und in Wiese „Gesetze und Verordnungen“ nachzuheben ist, hat vielmehr der Minister durch Min.-Verf. vom 30. April 1875 in jener vorsichtigen Manier, die dem Kuriatstyp dann und wann eigen ist, wie folgt, eine Errichtung für die ganze Monarchie angeordnet, als deren Vollziehungsordnung nichts weiter die Verfügung des bietigen Prov. -Schulkollegiums anzusehen ist.

Hier und da hat die Prov. -Aufsichtsbehörde den Unzuträglichkeiten, welche aus der Annahme von Pensionären und durch Privatunterricht seitens der Direktoren und Lehrer entstehen können, dadurch gebeugt, daß sie sich regelmäßig an bestimmten Terminen einer tabellarischen Überprüfung aller solcher Nebenbeschäftigung der Direktoren und Lehrer einreichen läßt, und es sich vorbehält, ein Verbot da einzutreten zu lassen, wo thatfächliche Überstände wahrgenommen sind. Ein solches Verfahren ist geeignet, ebenso wohl das Interesse der Schule, wie das persönliche der Lehrer selbst zu wahren.“

Zum Schlüß sei noch die Bemerkung erlaubt, daß die Frage nach dem Geldzufluss ein selbstständiger, wie man sagt, einstimmiger Zusatz des bietigen Provinzial-Schulkollegiums ist.

Staats- und Volkswirtschaft.

Posen. 8. Mai. In einem der Handelskammer mitgetheilten Erlasse des Herrn Finanzministers vom 19. April er., wird auf den Beschuß des Bundesraths vom 12. desselben Monats besonders hinweisen, wonach die Bevölkerung von grauer Packleinwand (Sackleinwand), gebleitem und ungebleitem Segeltuch, ungebleitem Leinenwand, dergleichen Zwischen- oder Drillisch, sowie von leinenen (ungebleichten oder gebleichten) Gurten, Schläuchen und Tragebändern, wenn die Bestellung vor Erlauf des Bundesrathsbeschlusses vom 20. Dezember 1875 erfolgt ist und die Einfuhr bis zum 1. Juni stattfindet, noch nach dem früheren Zollzate bewirkt werden kann.

Ebersfeld. 6. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre der Bergisch-Märkischen Eisenbahn wurde der Antrag, die Gesellschaftsdeputation und die königliche Direktion zu bevollmächtigen, behufs Ausbaues der im Betriebe befindlichen Linien und der im Bau begriffenen neuen Strecken und auch für den Ausbau konzessionirter Linien, das Gesellschaftskapital durch Aufnahme einer Prioritäts-Anleihe 9. Serie zum Nominalbetrage von 36 Millionen Mark zu vermehren, einstimmig durch Aktionäre angenommen.

Hamburg. 5. Mai. [Die Reichsbankhauptstelle.] An der heutigen Börse machte die Mittheilung das größte Aufsehen, daß einer größeren Anzahl hiesiger Männer, folgendes Schreiben der hiesigen Reichsbankhauptstelle zugegangen war: „Wir benachrichtigen Sie hierdurch, daß Ihnen ein Giro-Konto bei uns nicht mehr eingeräumt werden kann und Sie deshalb über Ihr etwaiges Guthaben zu verfügen haben. Am 27. Mai wird Ihr Konto in unferen Büchern gelöscht und der bis dahin nicht abgehobene Saldo unserer Kasse zur Absehung überwiesen. Reichsbankhauptstelle.“ — Die „Hamb. Börse“ schreibt dazu: „Wie wir hören, soll die Reichsbank dieses Vorgehen damit motivieren, daß die betreffenden Herren im Laufe des Monats wenig oder nichts zu thun hätten, dagegen in den letzten Tagen des Monats über riesige Summen hin- und herdisponieren. Unter den in solcher Weise Gefindigten befinden sich Firmen, welche schon seit Großvaters Zeiten ununterbrochen ein Konto bei der alten hamburgischen Girobank, deren Nachfolgerin jetzt die Reichsbank geworden ist, gehabt haben. Es scheint uns geboten, daß die Handelskammer, sowie die anderen hiesigen Handelsbehörden rasch und energisch gegen ein solches Vorgehen des Bankdirektoriums Einsprache erheben und Abhilfe fordern. Die eigentlich Aufgabe des Ausgleichsverfahrens besteht gerade in der Erleichterung und Vermittelung des zeitweilig sich massenhaft zusammendrängenden Verkehrs, und es biegt das Ausgleichsverfahren illogisch machen, falls man dasselbe in der Weise behandeln wollte, wie die hiesige Reichsbankhauptstelle zu beabsichtigen scheint, indem sie diejenigen Geschäftszweige davon ausschließt, bei welchen der Verkehr der Natur der Sache nach sich nicht auf jeden Tag der Woche oder des Monats gleichmäßig verhält. Oder will etwa die jetzige Leitung der hiesigen Reichsbankhauptstelle sich außer Stande erklären, dasselbe zu leisten, was ihre Vorgängerin, die alte hamburgische Bank, so viele Jahre hindurch geleistet hat und die hiesigen Privatbanken fortwährend ohne Aufstand leisten. Falls dasselbe aber gar nicht zu Rathe gezogen sein sollte, so ist die Frage wohl berechtigt, welche Stellung denn der Ausschuß dem Direktorium gegenüber eigentlich einnimmt? Hoffentlich werden die höheren Autoritäten der Reichsbank nicht zögern, den falschen Schritt des hiesigen Bankdirektoriums zu rektifizieren.“

Wien. 5. Mai. Der Rechnungsabschluß der böhmi. in. W. est. b. a. h. ergibt eine Totaleinnahme von 3.062.508 fl. mithin 105.845 fl. mehr als im vorhergehenden Jahre und einen Betriebskosten-Betrag von 1.259.877 fl., demnach 12.807 fl. weniger, als in dem vorigen Jahre. Die Gesamttausgaben betragen 1.438.587 fl., also 39.327 fl. weniger als 1874. Nach Verzinsung des gesamten Aktienkapitals verbleiben 150.522 fl. zur Disposition der Generalversammlung.

Wien. 6. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Anglobank wurde der Rechenschaftsbericht der Verwaltung vorgelegt. Nach demselben beträgt das Engagement der genannten Bank bei den Titres der Donau-Drau Eisenbahn nach der bezüglichen Abschreibung noch 380.000 fl. Die Ausgleichsverhandlungen in Betreff der Ersatzansprüche an die Kronprinz-Rudolf-Bahn aus dem Bau der dritten Strecke sind, nach der Angabe des Berichts, noch nicht beendet. Von der wiener Kommunal-Anleihe ist etwa der vierte Theil beglichen; in dieses Syndikatgeschäft hat die Anglobank bis jetzt 1 Million fl. gezahlt. Die Beteiligung an der schwedischen Anleihe, welches Geschäft noch nicht abgewickelt ist, beträgt 4.000.000 fl. Die Goldprioritäten der Salzammergutbahn im Betrage von 25.000.000 fl., welche die Anglobank mit dem Bankverein und einer Gruppe französischer Finanzinstitute gemeinsam übernommen hat, sind bereits begeben. Der aus diesem Geschäft erzielte Gewinn kommt in der nächsten Bilanz zur Berechnung, ebenso wie derjenige aus der Beteiligung an den 4.000.000 fl. Kommunal-Goldobligationen der Bodencreditanstalt. Das Syndikat für die Titres der Ungarischen Westbahn, welches unter der Leitung der Kreditanstalt stand, ist aufgelöst. Die Anglobank erhielt an Prioritäten zweiter Emission 260.000 fl. nominal. Weitere Abschreibungen haben in Betreff des Geschäftes mit der Eperies-Tarnow-Bahn und des Projektes des Oderkanals stattgefunden. Das Zinsenkonto hat 5% p. c. des Aktienkapitals ergeben. Von dem Verlust an Effekten betrifft der größte Theil die Kronprinz-Rudolf-Bahn-Prioritäten und das Grand Hotel. Schließlich versichert der Bericht, daß alle Abschreibungen an größeren Geschäften, sowie an Debitorien die erlittenen und präliminären Verluste umfassen. — Nach längerer Debatte für und gegen die Verwaltung wurde die Bilanz genehmigt, dem Verwaltungsrath das Absolutorium ertheilt und die Deckung der Verluste aus dem Reservefonds beschlossen. Die Ausszahlung einer Dividende von 3 fl. aus dem Reservefonds wurde mit 3519 Stimmen gegen 2313 abgelehnt.

Egyptische Finanzen. Der Korrespondent des Londoner „Standard“ in Alexandria telegraphirt unter dem 3. d. M.: „Der Apollhof hat entschieden, daß das Besitzthum der Dairia der Exekution unterliegt. Das französische Finanzprojekt ist angenommen worden. Mr. Rivers Wilson kehrt nach England zurück.“

Vermischtes.

Breslau. 7. Mai. [Schaffrau. Agrarier. Sparfassensüsse. Theater.] Die am 2. und 3. d. Mts. hier abgehaltene schlesische Schaffrau war sowohl von Produzenten als Konsumtoren sehr zahlreich besucht. Die ausgestellten Thiere stammten aus 106 verschiedenen Herden und belief sich die Zahl der für

die Schau ausgegebenen Billete auf über 4000. Auch der Landwirtschafts-Minister Dr. Friedenthal hatte die Absicht der Schau beiwohnen, derselbe ist jedoch, wie er in seiner Antwort auf das an ihn gerichtete Einladungsschreiben auspricht, „zu seinem lebhaften Bedenken“, durch die Verhandlungen des Landtages verhindert worden. Am Tage vorher fand auf Anregung des bietigen landwirtschaftlichen Zentralvereins eine Schafzüchter-Versammlung statt, in welcher die Errichtung von periodischen Wollauktionen und die halbjährliche zu ergreifenden Maßnahmen besprochen wurden. Im Hinblick auf die immer mehr sinkenden Preise, namentlich für edle Wollen, erachtete man es für wünschenswert, auch in Breslau, wie dies z. B. in Berlin und London geschieht, vom nächsten Frühjahr ab der gleichen Auktionen in Aussicht zu nehmen. Für dieses Mal wird der Wollmarkt noch in der bisherigen Weise abgehalten werden. Eine zweite Versammlung tagte am ersten Samstag Abends im Hotel Silesie und war von etwa 150 Personen besucht. Sie beweiste die Befriedigung der Mittel zur Abbildung der gegenwärtigen landwirtschaftlichen Notlage. Der bekannte Dr. Perrot, Handelskammersekretär in Rostock, entwickelte in längerer Rede das ganze Programm der Steuer- und Wirtschaftsreformer (welches unter Anderem auch eine gründliche Revision der Maßregeln in sich schließt), fand aber wenig Anklang, denn ein Drittel der Anwesenden verließ schon während des Vortrages den Saal. Der ausgelegte Bogen zur Beitragsklärung fand nur etwa 60 Unterschriften. — Unsere städtische Sparkasse hat sich auch im abgelaufenen Jahre wieder als ein sehr einträgliches Institut erwiesen und einen Überschuß von 74.181 M. ergeben. In der Stadtverordnetenversammlung vom Donnerstag ist dieser Überschuss mit 66.000 Mark zur Errichtung einer städtischen Turnhalle bestimmt und sind ferner 3000 M. der städtischen Beamten-Wittwen-Kasse und 5181 M. dem Vereine zur Erziehung hilfloser Kinder überwiesen worden. — Die neue Lokalposte „Reise durch Breslau“ macht im Lobethaler gedruckt volle Häuser. Den Haupt-Anziehungspunkt bildet die Vorführung des „gekündigten Raubritters“ — eines ehemals auf der leipziger Vogelwiese viel gespielten königlichen Trauerspiels das in möglichster Ähnlichkeit mit dem Original dargestellt wird. Manche Dame aus den höheren Ständen, welche das sogenannte Wau-Wau-Theater nicht hat besuchen können, findet sich jetzt im Lebetheater ein, um vom ersten Range aus mit Gemüthlichkeit den „Geschnüden“ zu betrachten.

Zwei junge Architekten in Berlin, erfährt, am Donnerstag Vormittag sich im Feste auf sogenannte pariser Florets. Während eines Ganges hatte sich von der Spitze des einen Florets der Lederball, ohne daß dies von den Fechtenden bemerkt worden war, losgelöst. In diesem Augenblick stieß der eine Architekt mit der so zu sagen demaskirten Waffe eine Prise und drang das Floret dem Gegner, welcher leider keine sogenannte Sturmhaube trug, in das rechte Auge, so daß der Getroffene mit einem scharfbaren Schrei zu Boden stürzte. Das Auge ist vollständig ausgelaufen und befindet sich der Beschädigte in einem bejammernswerten Zustande.

Ein postalisches Kuriosum. Der Redaktion des „Militär-Wochenblatts“ wurde von Paris aus ein Exemplar des „L'inventeur, journal hebdomadaire“ unter folgender Adresse geschickt:

„Militär Wochenblatt.“

Sonnebend
Allemagne.“

Jedenfalls hat der Sekretär des Journals eine Sonnebend-Nummer des „Militär-Wochenblatts“ in der Hand gehabt und „Sonnebend“ für die Stadt gehalten, in welcher das Blatt erscheint. Trotz dieser Adresse kam das Journal richtig an. Das „Militär-Wochenblatt“ will aber aus diesem Fall den Nutzen ziehen, daß es dem Datum künftig in Berlin vorsteht.

Briefkasten.

C. in P. Wird mit Dank benutzt werden.

v. H. in B. Ja.

R. in Meissen. Gegen die Verstopfung der Stadtschule einen kleinen Daubig? — Sie kleiner Schäfer!

Frau L in Betsche. Ihr Wunsch erscheint uns sehr natürliche, aber ohne Insertionsgebühren können wir die öffentliche Dankagung nicht aufnehmen.

K. in N. Wir leiden zur Zeit an Überfülle des Stoffs, so daß wir dergleichen Fragen gegenwärtig nicht behandeln können, vielleicht wenn die Zeit der sauerer Gurke gekommen sein wird.

Zürich. Wir beschneinen hiermit dem Verlags-Magazin, daß wir die Broschüre von Konrad Lieb mit dem kolossal Titel „Ist das Urtheil eines preußischen Gerichts richtig, wonach der thatsächliche Glaube an die Ehrenhaftigkeit Sr. Maj. des deutschen Kaisers und Königs von Preußen Wilhelm I. Unzurechnungsfähigkeit ist?“ erhalten haben. Da es uns interessiert, ob Herr Konrad Lieb in Braunschweig, wie er heißt, darin seine Rechtfertigung bewiesen hat, betrachten wir den Namen des Herrn für einen Wunsch und werden die Schrift lesen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin. 8. Mai. Dem „Reichsanzeiger“ zufolge erklärte der türkische Großvezier dem deutschen und dem französischen Botschafter in Konstantinopel in Folge der mit den übrigen Vertretern gemeinsam gethanen Schritte derselben wegen der Ermordung des deutschen und des französischen Konsuls in Saloniki, daß die Pforte alle geforderten Maßregeln ergreifen werde. Der Sultan ließ durch seinen Adjutanten den Botschaftern sein innigstes Bedauern aussprechen und die strengste Bestrafung der Schuldigen verheißen. Türkische Kriegsschiffe sowie Truppen sind bereits nach Saloniki abgegangen.

Wien. 8. Mai. Wie in Regierungskreisen verlautet, fand wegen der Vorgänge in Saloniki sofort ein Meinungsaustausch der Kabinete statt und wurde allseitig die Notwendigkeit ausreichender Satisfaktion anerkannt.

Strombericht.

(Aus dem Sekretariat der Handelskammer.)

1. Mai: Die Käthe 1340, Wilhelm Zuckermann, mit Brennholz von Stubitz nach Berlin; 10213, Friedrich Kornelius, mit Mauersteinen von Schwerin a. B. nach Pollich a. B.; 224, Wilhelm Schiller, mit Spiritus von Schrimm nach Hamburg; 11417, August Seiler, mit Spiritus von Schrimm nach Hamburg.
2. Mai: Bille 1384, Wilhelm Koch, mit

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen
am 11. Mai 1876, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung.

- 1) Entlastung der Marstallrechnung pro 1874.
- 2) Desgl. der Mittelschulechnung pro 1873.
- 3) Desgl. der Mittelschulrechnung pro 1874.
- 4) Desgl. der Depositorechnung pro 1873.
- 5) Desgl. der Stadtschuldentilgungs-Kassenrechnung pro 1873.
- 6) Desgl. der Hundesteuerfondsrechnung pro 1874.
- 7) Desgl. der Simultan-Knabenchulechnung pro 1873.
- 8) Desgl. der Rechnung über den Fonds zur Beihilfe aus Reichsmitteln für Reservisten und Landwehr.
- 9) Gewährung eines Kredits zur Deckung der im Jahre 1876 noch zu erwachsenden Gerichtskosten.
- 10) Betreffend die tauschweise Erwerbung des Retsablissemant-Rest-Grundstücks St. Martin Nr. 190/191 gegen einen Theil des Kämmereihofes am Kämmereiplatz und Nebereignung eines Stücks des städtischen Grundstückes St. Martin Nr. 67/68 an die Nachbarn, Thiele & Fries, gegen Erwerbung eines Stücks ihres Grundstückes St. Martin Nr. 65/66.
- 11) Aufhebung des Beschlusses vom 8. März e., betreffend die Erhebung der Gebühren für Bau-Consense.
- 12) Bewilligung der Mehrausgaben zu Insertions-, Druck- und Buchbinderkosten Titel II. D. c. Nr. 3 des Kämmerei-Gtats pro 1876.
- 13) Antrag des Eigentümers Kaufmann Taedel hierselbst, betr. die Seitens des Magistrats verweigerte Consensertheilung zum Bau eines Wohnhauses auf der neu anzulegenden Straße zwischen der Wallstraße und der Kleinen Ritterstraße.
- 14) Entlastung der Haupt-Armen-Kassen-Rechnung pro 1870.
- 15) Wahl eines Mitgliedes des Waisenrats.
- 16) Persönliche Angelegenheiten.

Bekanntmachung. Offene Lehrerstelle.

Im Monat Mai e. liefern nach benannte Bäcker das Roggenbrot und die Semmel zu den angegebenen schwersten Gewichten:

Brot à 50 Pf.

Franziska Biskupspla
Wallstraße 10 2 Klg. 375 Gr.

Andreas Wyrambski
Wallstraße 23 2 300

Wladislaus Leschner
Bäckerstr. 11b. 2 500

Heinrich Neberlein,
St. Martin 33 2 260

Wittwe Maiwaldt,
St. Adalbert 3 2 200

Semmel à 10 Pf.

Wittwe Maiwaldt,
St. Adalbert Nr. 3 250 Gr.

Ludw. Eckert, Büttelstr. 8 250

Ferdinand Lipz
Dominikanerstr. 1 250

Friedrich Knipfer,
St. Martin Nr. 22 230

Heinrich Neberlein,
St. Martin Nr. 33 260

Johann Franz, St. Mart. 43 260

Anton Leschner
Fischerei 24 250

Wladislaus Leschner,
Bäckerstraße Nr. 11b. 250

Telefon Lipinsti
Halbdorffstr. 7 270

Im Uebrigen wird auf die an den Verkaufsstellen ausgehängten Backwaren-Tafeln verwiesen.

Posen, den 4. Mai 1876.

Königl. Polizei-Präsident.

Staudy.

Bekanntmachung.
Die hiesige

Bürgermeisterstelle

wird zum 1. August e. vacant. — Mit diesem Amt ist jährliches Gehalt von 1500 M., sowie eine etatsmäßige Entschädigung für Beaufsichtigung der Flock von 108 M. verbunden. Geeignete Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Qualifikations-Akte und eines kurzen Lebenslaufs bis zum 17. Juni e. bei dem Unterzeichneten melden.

Mitstadt, den 6. Mai 1876.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Reinigung und Dichtung des rechtsseitigen Brunnens im Hofe des Artillerie-Pferdestalles in der großen Ritterstraße soll im Wege der öffentlichen Submission verhandelt werden und ist hierzu im Bureau der unterzeichneten Verwaltung — Wallstraße Nr. 1 — woselbst auch die von den Unternutzungslustigen einzuhenden Bedingungen ausliegen, ein Termin auf

Montag,

den 15. Mai cr.,

Vormittags 10 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle verkauft und das Urtheil über die Ertheilung oder Versagung des Zuschlags den 12. Juni 1876, Vormittags 10 Uhr, verlesen werden.

Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenchein, Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweise, deren Einreichung jedem Substations-Interessenten gestattet ist, insgleichen etwaige besondere Bedingungen können im Bureau III. eingesehen werden.

Gleichzeitig werden alle Diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte gelten zu machen haben, aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Praktikation spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Posen, den 10. April 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substationsrichter.

Nobach.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Offeranten sind bis dahin abzugeben, da

später eingehende oder Nachgebote unberücksichtigt bleiben.

Posen, den 8. Mai 1876.

Königliche

Garnison-Verwaltung.

anberaumt.

Besiegelt und gehörig bezeichnete

Inniger Dank für Heilung der Schwindsucht.

An einem starken Husten mit profusen, überreichendem, eiterigem Auswurf und starkem Blut husten leidend, wobei das Blut oft in starken Strömen hervorfließt, bis zum Skelett abgemagert von schlaflosen Nächten und fortwährendem quälenden Husten gequält, wurde ich ein halbes Jahr lang von vielen Arzten erfolglos behandelt; endlich erklärten mir dieselben, daß ich mich im letzten Stadium der Schwindsucht befinde und keine Hoffnung für die Erhaltung meines Lebens da sei. In diesem verzweiflungsvollen Zustand reiste ich unter großen Qualen zu meinen Eltern, um wenigstens in ihren Armen zu sterben. Hier wurde mir die Kunde von den glücklichen Kuren des in Berlin (Schiffstrasse Nr. 30) wohnenden Herrn Dr. Neumann gegen diese Krankheit, ich wandte mich sofort an denselben schriftlich und nach einer Kur von 4 Monaten war ich vollkommen wieder hergestellt, ohne daß mich dieselbe je gefährdet.

Lehrer Höbsch in Silesbergendorf.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß wir die bisher von Hrn. Moritz Chastel geleitete Sub-Direktion Posen bis auf Weiteres dem Herrn Franz Gussow übertragen haben.

Die Direktion der Allgemeinen Deutschen Hagelversicherungsgesellschaft in Berlin. Michels.

Frische Lein-, Raps- und Dotter-Sachen offerirt in bester Waare zu ermäßigten Preisen die Gefraffinerie von Adolph Asch, Markt 82.

23. Pferdemarkt zu Königsberg i. Pr.

Der diesjährige Pferdemarkt wird am 29., 30., 31. Mai c. auf Herzogsbäcker abgehalten werden. Befestigungen auf Kaffentände a 18 Mark und Stände mit Eierbäumen a 16 Mark pr. Pferd werden nur bei frankfurter Einladung des Betrages an das Comitee, z. H. des Zahlmeisters a. D. Herrn Minuth — Waisenhausplatz Nr. 10 — bis spätestens den 15. Mai c. angenommen.

Die Stallungen werden nur zu 10 Pferden erbaut. Königsberg i. Pr., im April 1876.

Das Comitee.

Am 18. und 19. Mai d. J. wird zu Neubrandenburg der siebente große

Zuchtmart für edlere Pferde abgehalten.

Gleichzeitig findet am 19. Mai eine große Verlosung von Equipagen, 80 Pferden und ca. 1500 wertvollen Reit-, Fahr- und Stall-Requisiten statt.

Hauptgewinn: Eine elegante Equipage mit vier hochedlen Pferden im Werthe von

10,000 Reichs-Mark, Gesamtwert der Gewinne 97,000 Reichsmark.

Preis des Loses 3 Reichsmark. Der Verkauf der Lose ist dem Hrn. B. Siemerling in Neubrandenburg übertragen, wofolgt auch die Bedingungen für Wiederverkäufer zu erfahren sind.

Das Comitee des Neubrandenburger Zuchtmärktes.

Graf Schwerin-Göhrn. Pogge-Gebelin. Rath Loeyer. Ein General-Départ der Lose für Schlesien und Posen ist errichtet bei Herrn C. Schlesinger, Ring Nr. 4 in Breslau. (Rp. 1309)

Eine große Auswahl von Mozambique, Galli, Barde, Batisten, Cretonnes empfiehlt zu auffallend billigen Preisen

Falt-Karpen, Markt 87.

Für Damen. Gute 2tn. Glacéhandschuhe a 1 M. 40 Pf. bei Wilh. Neuänder, Markt 60.

Medizinische Seifen als: Theerseife, Kräuterseife, Tanninseife, Schwefel- und Jodseife etc. empfiehlt Gustav Ephraim, Schloßstraße 4.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten.

aus guter Familie, verheirathet, welcher seit 1856 größere Güter selbstständig verwalten, mit guten Zeugnissen hochgestellter Personen verehren, wünscht

ähnliche Stellung, womöglich gegen Tantième. Offeren werden unter D. 3204 an Rudolf Moisse, Breslau, erbeten